

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

199 (29.8.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Maßstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmöndlich 1.— M mit 90 J ohne Zustellung. Einzel- u. Redaktionspreis: 10 J, Samstags 15 J. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 J, auswärts 25 J, Reklamen 80 J. Annahmestunde 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Die deutsche Antwort auf die französische Note in der Sicherheitsfrage

Berlin, 28. August. Die der französischen Regierung am 27. August 1925 überreichte Antwort der deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der französischen Note vom 24. August 1925 zu bestätigen. Die am 27. August 1925 überreichte Note ausgedrückte Ansicht, daß eine Verletzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheitspactes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der deutschen Regierung, die den Wunsch nach möglichst bestmöglicher Verständigung der Erörterungen in ihrer Note vom 20. Juli auch ausdrücklich ausgesprochen hatte, durchaus geteilt. Die deutsche Regierung beehrt sich deshalb die von Sr. Exzellenz dem französischen Herrn Botschafter mündlich mitgeteilte Annahme, daß juristische Sachverständige Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammenzutreten, um den deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich von den Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der Erörterung lebenden Probleme zu unterrichten. Unter diesen Umständen erlaubt die deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Stellungnahme zu den Ausführungen der französischen Note jetzt absehen zu lassen.

Verhandlungen in London

London, 28. Aug. Die Verhandlungen zwischen den deutschen, belgischen, französischen und englischen Sachverständigen werden am Montag in London beginnen. Es werden vertreten sein: Gaus für Deutschland, Kellan für Belgien, Fromageot für Frankreich und Duff für England. Der Zweck der Zusammenkunft ist der, die deutsche Regierung durch ihre Sachverständigen über die rechtliche und technische Seite der Probleme in Kenntnis zu setzen, die in dem vorläufigen Sicherheitspact enthalten sind. Es bezieht sich hier allgemein auf die Befriedigung darüber, daß durch diese Verhandlungen der Notenwechsel zwischen den einzelnen Mächten beendet ist. Man glaubt außerdem, daß dieser Zusammenkunft der technischen Sachverständigen eine baldige Konferenz der Außenminister folgen wird.

Der Zusammenbruch des Stinneskonzerns

Berlin, 29. August. (Eigener Funddienst.) Eine entscheidende, wenn auch nicht überraschende Wendung ist in der Liquidation der Stinnes-Unternehmungen eingetreten. Es ergibt sich nunmehr klar und fest, daß das Aktienunternehmen von Hugo Stinnes vollkommen zusammengebrochen ist. Das Stinneskonzernfortium, das sich aus 22 Bantzen zusammensetzt, hat seine Auflösung beschlossen. Die weitere Abwicklung der Liquidation wird durch die 4 Banken, die Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und die Dresdener Bank durchgeführt. Ihr Interesse am Stinneskonzern soll sich auf 35 Millionen Mark belaufen. Der von der Geschäftsbank gewährte Kredit wird von ihnen zurückgezahlt werden. Ihre Aufgabe wird es sein, die noch vorhandene Masse, die sich auf 140 Millionen Mark belaufen soll, zu veräußern. Dieser Summe stehen allerdings Schulden im Betrag von 112 Millionen Mark und Bürgschaften von weiteren 20 Millionen Mark gegenüber. Das neue, verfeinerte Stinneskonzernfortium rechnet damit, sämtliche Gläubiger voll befriedigen zu können.

Eine besondere Rolle spielt bei der Abwicklung das wertvolle private Kohlenhandelsgeschäft der Familie Stinnes, das man ihr zunächst voll erhalten wollte. Jetzt glaubt man, auch diesen ursprünglichen Besitz der Liquidationsmasse einverleiben zu müssen. Zu diesem Zweck soll eine neue Kohlenhandels-Gesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Mark gebildet werden, an die außer Grundstücken, Gebäuden und Handelsbetrieben auch die Stinnes-Flotte mit 42.000 Tonnen Rheinschiffen und 50.000 Tonnen Seeschiffen mit Seemannslagen und Umladefähigkeiten angeschlossen werden. Die Gesellschaft soll auch die Aktienmehrheit des Mühlheimer Bergwerksvereins erhalten und ein Verkaufsrecht auf die Mathias Stinnes-Jache. Ob und inwieweit die Familie Stinnes einen Anteil an diesen Werten erhält, wird sich erst nach der Klärung der Verbindlichkeiten ergeben.

Die Stinnes-Sanierung, schreibt der „Vorwärts“, ist damit in ihr letztes Stadium eingetreten. Schon wird erkannt, daß für das Familienvermögen nur wenig übrig bleiben wird. Von einem Stinnes-Konzern kann heute nicht mehr die Rede sein.

Vom Baugewerbe

Wie bereits berichtet, haben die im Reichsarbeitsministerium in Berlin vorseitern stattgefundenen Verhandlungen einvernehmliche Erklärung der Verbindlichkeit des am 14. August d. J. abgeschlossenen Schiedsspruches zu einer Einigung geführt, wodurch die angekündigte Gesamtsperre nun einfallig wird. Die Karlsruher Bauarbeiter werden nunmehr heute Nachmittag 3 Uhr in einer Vollversammlung im Apolloaal zu der neuen Lage Stellung nehmen bzw. über den Schiedsspruch ihre Entscheidung treffen.

Schwarz-weiß-rote Mordkultur

Ende September soll in Grevesmühlen in Mecklenburg ein Landfriedensbruchprozess stattfinden, in dem 17 Reichsbannerleute angeklagt sind, weil sie sich gegen einen planmäßigen Mordanschlag auf den Reichspräsidenten gestellt haben. Während des Vorfalles äußerte ein ehemaliger Frontbann-Angehöriger namens Kreuzfeld zu Bekannten, er wolle vor Gericht die Tatsachen so hinstellen, wie sie gewesen seien, und müsse infolgedessen die Reichsbannerleute entlassen. Kurz darauf, seit dem 13. Juli 1925, ist Kreuzfeld, nachdem ihn die Reichsbanner schwer verprügelt hätten, spurlos verschwunden. Die Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden in Mecklenburg haben den Verbleib nicht feststellen können. Vieles spricht dafür, daß Kreuzfeld das Ende seines Kameraden Falk gefunden hat, über dessen Ermordung kürzlich das Schwärmer-Schwärmer in nichtöffentlicher Sitzung verhandelte. Die Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, welche geheimen Kräfte in Mecklenburg ihr Unwesen treiben.

Minderung der englischen Schulden an Frankreich

London, 28. August. (Eig. Bericht.) Cailaux ist es in London gelungen, die englischen Forderungen auf 12,5 Millionen Pfund im Jahr herabzusetzen. Außerdem hat Frankreich ein Teilmoratorium bis 1930 erzielt, um es Frankreich zu ermöglichen, seine Schulden bei der Bank von England zu bedecken. Die englische Forderung ist über diese Verbindungen zwischen Churchill und Cailaux sehr vermindert. Sie wird ganz allgemein als ein Opfer angesehen, das sich England heute nicht leisten könne. „Daily Express“ sagt, Cailaux sei der erfolgreichste Unterhändler der Welt, während Churchill sich als äußerst schwach gezeigt habe. Im gleichen Sinne äußert sich auch „Daily Telegraph“. Nur die „Morning Post“ drückt Befriedigung über die Verbindungen aus. Cailaux und Churchill seien zu beglückwünschen für das, was sie erreicht hätten. Cailaux ist Donnerstag früh nach Paris abgereist. Er erklärte auf dem Bahnhof noch Pressevertretern, daß er mit dem Ergebnis seiner Londoner Reise zufrieden sei. Er wird um 7 Uhr abends in Paris erwartet, um 9 Uhr wird er die Ergebnisse dem Kabinettsrat unterbreiten.

Kommunistenprozess

Leipzig, 29. August. (Eigener Funddienst.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beginnt am Dienstag wiederum ein größerer Hochverratsprozess gegen einige Führer der kommunistischen Partei. Wegen Weisheit zum Hochverrat und Verlebens gegen das Republikanengesetz haben sich zu verantworten der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Maslow, sowie der Redakteur Schumacher und zwei weitere Kommunisten aus Berlin. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin und Dr. Wolff-Düsseldorf. Unter den Zeugen befinden sich mehrere Beurteiler aus dem Thälker-Prozess.

Der Aufstand in Syrien

Paris, 29. August. (Eigener Funddienst.) Nach den in Paris aus Syrien vorliegenden Nachrichten scheint der Aufstand der Druzen, der von Frankreich zunächst als eine rein lokale Angelegenheit betrachtet wurde, zu einer allgemeinen Aufstandsbewegung in ganz Syrien angewachsen zu sein. Die französischen Behörden haben in Damaskus eine Anzahl von Verhandlungen vorgenommen. Die Bewegung, die in enger Verbindung mit nationalistischen Bestrebungen in den nach französischem Protektorat stehenden syrischen Gebieten zu erwidern. Die Dürftigkeit der in Paris vorliegenden Nachrichten erlaubt es jedoch nicht, die genaue Ausdehnung der Bewegung anzugeben. Die französische Regierung befreit die Richtigkeit der englischen Meldungen, wonach sich bereits Damaskus in den Händen der Aufständischen befinden soll. Diese Nachricht sei vollkommen aus der Luft gegriffen.

China und die Großmächte

London, 29. August. (Eigener Funddienst.) Die in China interessierten Mächte haben sich nunmehr auf eine Kollektivnote geeinigt, die der chinesischen Regierung als Antwort auf ihre Note vom 24. Juni überreicht werden soll. In dieser Note erklären sich die Mächte bereit, am 26. Oktober in Peking zu einer Konferenz zusammenzutreten, sowie ein Komitee zu bilden zur Beratung der extraterritorialen Rechte. Daneben enthält die Note eine Mahnung an die chinesische Regierung, Ruhe und Ordnung in China aufrechtzuerhalten.

Sieg der belgischen Metallarbeiter

Brüssel, 2. August. Nachdem 3/4 der streikenden Metallarbeiter Belgiens den vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes ausgesprochenen Beschluß zur Beilegung des Konfliktes gebilligt hatten, wurde dieser Beschluß am Donnerstag vormittags durch die Vermittlung des Arbeitsministeriums offiziell an die Unternehmer über den Metallindustrie übertragen. Die Unternehmer haben diesen Beschluß angenommen, so daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden kann, und ein wochenlanges Streik arbeitslosen Ausmaßes hiermit sein Ende findet. Der Ausgang dieses Kampfes bedeutet einen schönen Sieg für die 60.000 Metallarbeiter, die ihren Lohn zu behaupten, die beschlossene Lohnreduzierung zu vereiteln gewußt haben. Dieses Ergebnis wird ohne Zweifel eine günstige Einwirkung auf den Streik der Hüttenindustrie, an dem noch 15.000 Arbeiter beteiligt sind, haben.

Von London nach Genf

Es war am 29. August 1924, als in der denkwürdigen Nachmittagsitzung des Reichstages in namentlicher Abstimmung das verfassungsbändernde Eisenbahngesetz mit 314 gegen 127 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, angenommen wurde. 49 Deutschnationalen, fast genau die Hälfte der Fraktion, hielten in der einen Hand rote Kleingeld, während sie mit der anderen Hand weiße Kleingeld abgaben. Sie gaben ein lebendes Bild zu dem Bibelwort „Laß deine rechte Hand nicht wissen, was die linke tut“. So sehr waren damals die Deutschnationalen darauf erpicht, die Slaventetten der Londoner Verträge und des Dawesgutachtens dem deutschen Volke aufzuerlegen, daß sie eine Krlegslist für notwendig hielten, um die monatlang von ihnen mit wütendem Fanatismus bekämpften Gesetze zur Annahme zu bringen. Mit dieser Abstimmung im Reichstag zerbrach nicht nur die jahrelang betriebene demagogische Hege der deutschen Nationalisten gegen die Erfüllungspolitik der Republik, gegen die linksrepublikanischen Regierungen, gegen die Haltung der Sozialdemokratie; mit dieser Abstimmung begann eine neue Epoche in der inneren und äußeren Entwicklung der Deutschen Republik.

Der Annahme der Dawesgesetze durch die Deutschnationalen war das bekannte „Gentlemen's Agreement“ zwischen ihnen, der Volkspartei und dem rechten Flügel des Zentrums vorausgegangen. Die Abstimmung zu Gunsten der Annahme der Dawesgesetze war nur die erste Zahlung in einem Zug-um-Zug-Geschäft, das Ministerliche Macht und Einfluß in der Verwaltung, das genehme Steuerwesen, Zollschutz und großkapitalistische Wirtschaftspolitik der Deutschnationalen als Gegenleistung für ihre geistige Kapitulation vor der Außenpolitik der bisherigen Regierungen bringen sollte.

Mit dem Tage dieser entscheidenden Wendung der deutschnationalen Politik war es klar, daß dem ersten Schritt ein zweiter und ein dritter folgen mußte. Wer die Dawesgesetze bejahte, mußte auch die politischen Vorankündigungen in Europa bejahen, ohne die eine Durchführung der Dawesgesetze nicht denkbar sein konnte. So ist letzten Endes die formell-loyale Haltung des neugewählten Reichspräsidenten Hindenburg nur möglich und verständlich auf dem Hintergrund dieser durch die Annahme der Dawesgesetze bedingten Politik. Die von Stresemann inaugurierten Verhandlungen über den sogenannten Sicherheitspact sind nicht etwa eine „Eigenmächtigkeit“ des gewiß eigenwilligen Außenministers, sie sind das logische Ergebnis der Politik, die zu den Londoner Verhandlungen geführt hat, an deren Ende eine Verständigung der europäischen Mächte und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stehen muß. Mit außerordentlicher Schärfe und Deutlichkeit wird die Konsequenz dieser Entwicklung von dem keinen gegnerischen Flügel in den Reihen der Deutschnationalen in der „Deutschen Zeitung“ geschildert. Dort wird die „Stresemann'sche Staatskunst“ so charakterisiert:

„Erst Annahme des Dawesplanes (Regelung der Entschädigungsverpflichtung durch Sonderverträge), sodann Annahme des Sicherheitspactes (Regelung der Grenzfragen durch Sonderverträge), sodann Annahme der Bedingungen der letzten Entwaffnungsnote (Regelung der Abrüstung Deutschlands durch Sonderverträge), sodann Abkommen über die Abenteile (Regelung der Kontrolle durch Sonderverträge), schließlich Eintritt in den Völkerbund (Regelung aller anderen Fragen des Versailleser Diktats durch Sonderverträge) — vielleicht sollen diese Sonderverträge auch in anderer Reihenfolge aufgestellt werden. Ganz zum Schluß jedenfalls erst kommt die Kriegsschuldfrage. Wenn dann alles andere vorher geregelt ist, dann werden die Gegner sagen: „Also gut, ihr seid nicht allein schuld, sondern es haben alle ein bißchen Schuld. Dann wollen wir einmal den Versailleser Vertrag in den Punkten, die noch nicht durch Sonderverträge geregelt sind, einer Nachprüfung unterziehen. Dann sind nämlich schon alle Punkte des Versailleser Vertrages im Sinne des Vertrages durch Sonderabkommen, die mit dem Kriegsschuldfrage nichts zu tun haben, geregelt.“

Es bedeutet in Wirklichkeit bereits den vollständigen Verzicht auf eine eigene „nationale Politik“, wenn selbst die „Deutsche Zeitung“ den teuflischen Plänen Stresemanns nichts anderes entgegenzusetzen weiß als die Forderung: „Erst Regelung der Kriegsschuldfrage, dann wollen wir über andere Dinge weiterreden.“

Bei der sogenannten Kriegsschuldfrage handelt es sich um reine Sentiments, bei dem Abschluß der Sicherheitsverhandlungen und dem Eintritt in den Völkerbund um den sehr realen und politisch die Zukunft beherrschenden Versuch, ein System stabiler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen in Europa zu schaffen.

Durch die französische Antwortnote und noch mehr durch die sehr prompt erklärte Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, unter den Notenwechsel einen Schlußstrich zu machen und mit mündlichen Verhandlungen zu beginnen, ist die zweite Etappe der mit der Annahme der Dawesgesetze begonnenen Politik so weit gediehen, wie sie derzeit im August 1924, als die deutsche Delegation Marx-Stresemann-Luther sich anschickte, den Weg nach London zu gehen und als Hergt im Kreise seiner Fraktion

alles vorbereitete, um den Weg nach Damaskus zu gehen. Wie sehr sich seitdem die Deutschnationalen außenpolitisch gewandelt haben, zeigt die Erklärung, die der Abgeordnete Hergt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses jetzt abgegeben hat. In einem Schreiben an die Mitglieder erklärt er ausdrücklich, daß angesichts der französischen Note und da die deutsche Antwort nur den Charakter einer Zwischennote trage, grundsätzlich an der bisherigen Sach- und Rechtslage nichts geändert sei und insoweit auf eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verzichtet werden könne. Dieser Standpunkt ist das Ergebnis juristischer Spitzfindigkeit, die so gut, als ob mit dem Herumreiten auf Formalien die tatsächliche Aenderung der Gesamtsituation und der effektive Fortschritt der Verhandlungen aus der Welt geschafft werden könne. Die deutschnationale Politik beginnt in den außenpolitischen Fragen zwangsläufig zu werden. Es bleibt für die zielbewußten großkapitalistischen Vertreter der Rechtsparteien nur noch die eine rein parteitaktisch-demagogische Aufgabe zu lösen: den Wandel nicht ihrer Auffassung, aber ihrer Taktik ihren Massen langsam so beizubringen, daß die Massen möglichst wenig zu spüren bekommen, wie sich hier ein radikaler, entschlossener, zielbewußter Bruch mit der früheren Politik vollzieht. Diesem Zweck, und nur diesem Zweck dient die Rückzugsanordnung der deutschnationalen Presse. Sie wird keinen einzigen täuschen, der die wahren Ziele der deutschnationalen Politik erkannt hat: die Wiederaufrichtung eines autokratischen, von den Einflüssen der großen organisierten Massen möglichst befreiten, politischen und wirtschaftlichen Regiments der großen Unternehmervorherrschaft und Organisation im Rahmen der durch die Veränderung der europäischen Gesamtlage bedingten Lebensmöglichkeiten des deutschen Kapitalismus.

Trotzdem die europäische Verständigung, für die die Arbeiterschaft jahrelang ihre besten Kräfte in die Waagschale geworfen hat, im Verfolg dieser Entwicklung zunächst einen ausgesprochen kapitalistischen Charakter trägt, wird, hat die Arbeiterschaft diese Entwicklung nicht zu fürchten. Die Überwindung der europäischen Anarchie ist eine Vorbedingung des weiteren wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs der Arbeiterklasse, den aufhalten zu können nur stumpfsinnige und beschränkte Kapitalsdiener sich einbilden. Genau so, wie die unvermeidlich gewordene Anerkennung der Republik auf die Dauer zum Vorteil der Arbeiterschaft ausfallen wird und muß, genau so wird auch das außenpolitische Damaskus der Deutschnationalen ihren Nimbus weiter zerstören und den Massen des Volkes zeigen, daß letzten Endes doch nur die Politik möglich ist, die die Arbeiterbewegung zuerst erkannt und eingeschlagen hat. Aus dem Zusammenbruch deutschnationaler Demagogie ergibt sich das sichere Unterpfand künftiger sozialistischer Siege.

Kapitalistische Wirtschaft und Krise

Von einem im kaufmännischen Beruf tätigen Genossen wird uns geschrieben:

Die Flucht von E. Stinnes in die Öffentlichkeit, sowie sein Aktionsgeplänkel an die Arbeiter sind höchst interessant, wie die deutsche Weltweil — die doch angeblich der Wirtschaft die Lage erleichtern soll — ihre Aufgaben aufgibt und durchführt. Während jahrelang unter dem Protektorat der Weltweil der verstorbenen Stinnes jede Maßnahme zur Erlangung von „Sachwerten“ durchzuführen konnte, die zu einer ungeheuren Vermögensaufhäufung auf der einen und zur Ruinierung der kleinen Vermögen auf der andern Seite führte, verfallen die Banken diesen Weg in diesem Augenblick, wo die ersten Kreditkrisen sich einstellen, was zu erwarten ist. Der Arbeiterschaft kann es nicht gleichgültig sein, wenn die Umschichtung von Kapitalien, die Ruinierung von Werken auf ihrem Wege ausgeführt werden soll. Und dieses trifft hoch in dem Falle der „Wag“-Werke zu. Weil der junge Stinnes durch sein rechtzeitiges Ausschließen sich einen Teil des alten Vermögens rettete, sollte durch Druck, Kreditverlust etc. das Werk zum Stillstand, zum Ruin gebracht werden, wodurch Tausende von Arbeiter und Angestellten ins bittere Elend verstoßen werden sollen. Gegen diese Wirtschaftspolitik muß die Arbeiter- und Angestelltenfront ganz entschieden Front machen. Was Stinnes passierte, geschieht seit 1 1/2 Jahren fast täglich in hunderten von Fällen in allen Teilen Deutschlands. Gut fundierte Werke etc. wurden durch die Kreditperze unrettbar zur Stilllegung gebracht, oder schließlich auch zum Konkurs. Wie in der Inflationszeit die Banken ihr Unwesen trieben, so ist auch ihre letzte Tätigkeit nicht volkswirtschaftlich eingestellt, sondern von eigenem Profitinteresse diktiert.

Seit 1 1/2 Jahren leidet die deutsche Wirtschaft unter dem Mangel an flüssigen Mitteln, die zu phantastischen Zinssätzen führt. (In Karlsruhe setzte die Bankvereinigung letztes Jahr im Juli Zinsen von 4-7 Proz. pro Monat fest.) Das derartige Säbe vollständig den Verdienst aus der Arbeit aufzufressen, ja auch noch an der Ioa. Substanz zehren, ist wohl jedem einsichtigen Menschen klar. Vergeblich hat man jedoch von Unternehmenseite hier auf einen Roschrei gewartet, trotzdem doch ständig und immer wieder über die schlechten Zeiten geklagt wurde. Nur die Steuern, nur die hohen Löhne waren schuld, daß der Verdienst zerrann, daß die Preise so hoch sind! Niemand jedoch eine Klage über die Banken. Hatte man vielleicht Angst, daß der Kredit auch noch gesperrt würde? Zu bedauern ist nur, daß auch die Kommunen keine Ausnahme machen, sie müssen ihre verfügbaren Mittel auch in echt kapitalistischem Geiste aus. Nach meinem Dafürhalten wären aber diese Institutionen doch gerade berufen, bei vorbandenen Mitteln regulierend auf die Gestaltung der Zinssätze zu wirken, gegebenenfalls unter Zusammenfassung aller Kommunal-, Spar- und Kreisstellen. Anscheinend legte man aber auch hier auf hohen Verdienst den größten Wert.

Die deutsche Wirtschaft ist dank der „Flucht in die Sachwerte“ kapitalunfähig, wie wohl selten. Man muß heute erkennen, daß man mit der Inflation — die man so glänzend ausmühte — mehr oder weniger die letzte schwierige Situation hervorrief. Fast durchweg fehlen flüssige Mittel, denn sie sind ja während der Inflation in alle möglichen und unmöglichen Sinne gesteckt worden, um die „heilige“ Substanz zu erhalten und zu mehren, auf Kosten der breiten Schichten. Und auch nach Einführung der Festwährung war der alte Währungsstille. Sie blieb aus. Man postulierte auf die neue Umstellung zu neuen Geschäftsformen erst unter dem Druck der Verhältnisse und vielfach zu spät vorgenommen. Sachwerte werden direkt beschlagnahmt, um zur „Gesundung“ zu kommen. Die Warenlager werden verkleinert, doch erweist sich der Konsum nicht aufnahmefähig, sodas nach einer gewis-

sen Spanne Zeit man erkennen muß, daß die Außenstände bei der Kundschaft höher und höher werden, dagegen aber auch die Zinsen bei den Banken ganz gewaltig anwachsen. Die hohen Zinsen sind nach meinem Dafürhalten in erster Linie die Ursache, daß die Preise in keinem Verhältnis zum Realwert stehen, wobei gerne zugegeben werden soll, daß sonstige Spekulanten und Kästen bedeutend höher gegenüber den normalen Friedenspreisen sind, und alles, aber auch alles, auf die Ware geschlagen wird.

Zur Gesundung der Wirtschaft gehört die Erschließung von Kreditquellen mit ersatzfähigen Zinsen. Da die Regierung mit ihrer Durchsicht vor Auslandskredit den richtigen Weg eingeschlagen hat, ist künftig zu beweisen. Jede Maßnahme sollte m. E. unterstellt werden, um vom Ausland flüssige Mittel herbeizubekommen, denn auch hier reagiert Angebot und Nachfrage der Preis einer Ware. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die deutsche Spekulation vom hohen Röh herunter müßte, wenn der Auslandsmarkt einreisen könnte. So aber wird die Krise, die nun schon 1 1/2 Jahre das deutsche Wirtschaftsleben erschüttert, zu einer Dauerkrise. Vermögen werden zerstreut, neue aufgebaut. Die Spekulation hat goldene Zeiten.

Die Arbeiterschaft braucht nicht tatenlos hier auszuweichen, wenn in diesem Prozeß auch die Kräfte noch nicht gefammelt sind. Ich denke hierbei in erster Linie an die Zusammenfassung der Arbeiterorgane in der Arbeiterbank. Wir haben sie ja nunmehr in Berlin. Vorläufig bildet sie jedoch noch ein sattes Pflanzchen. Jeder einzelne klassenbewußte Proletarier sollte sich dabei als Grundzelle machen, das verlässliche Gedrö nicht in Privatinitiativen, sondern ausschließlich den eigenen Betrieben angeführt werden sollen. Die Arbeiterbank an die Errichtung von eigenen Filialen gehen kann, können die Konsumvereine die Mittel aufnehmen, eventl. auch die Gewerkschaften die Vermittlung der Beträge vornehmen. Auch die Volksfürsorge in Hamburg ist ein wertvoller Faktor, der überall gefördert und unterstützt werden muß. Was heute noch nicht ist, kann aber in 5-10 Jahren erreicht sein, daß die Zusammenfassung der finanziellen Kräfte der arbeitenden Massen in allen Körperchaften, in allen Konsumvereinen, eigenen Betrieben, Gewerkschaften, bis hinunter zum einzelnen Menschen. Ist dieses der Fall, dann bin ich überzeugt, daß dieses eine große wirtschaftliche Macht darstellen wird, die entscheidend das Wirtschaftsleben beeinflußen kann.

Zum bevorstehenden Gewerkschaftskongreß



Theodor Leipart Peter Graßmann
Vorläufer der Zentralrat- 2. Vorsitzenden des Allgemeinen
miffion der fr. Gewerkschaften. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Reichsrat gegen die Sozialrentner

Der Reichsrat hat am Donnerstag noch einmal gegen den in der letzten Reichstagsitzung gefassten Beschluß, auch gegen den Willen des Reichsrats die Gleichstellung der Sozialrentner mit den Kleinrentnern bei der Durchführung des Fürsorgegesetzes einzuführen, Stellung genommen. In einer Resolution vertritt der Reichsrat die Auffassung, daß die Beschlußfassung des Reichstags nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei, da der Einpruch des Reichsrats als eine Gesetzesvorlage hätte behandelt werden und infolgedessen dreimal hätte zur Billigung kommen müssen. Es seien allerdings Bestrebungen im Gange, die Angelegenheit auf anderem Wege zu beilegen. Ueber diese Verhandlungen haben wir berichtet. Sie laufen darauf hinaus, daß das Reich den Vätern, die aus dem Reichstagsbeschluß sich ergebenden Kosten trägt. Der Reichsrat will infolgedessen eine Entscheidung des Reichspräsidenten nicht anrufen, da nach seiner Meinung die Sache noch nicht prudenziell ist. Nach dem Wortlaut der Resolution wäre der Reichspräsident in der Lage, die Verbindung des Gesetzes um drei Monate auszusetzen und einen Volksentscheid herbeizuführen. Die Resolution des Reichsrats hat infolgedessen vorläufig nur theoretischen Charakter.

Die Gewerkschaften und der Preisentwertungs-Humbung der Lutherregierung

Am Donnerstag fand eine Besprechung zwischen den Spitzenorganisationen und der Regierung über die Verbilligungsaktion statt. Der DGB, war durch die Genossen Knoll, Spiet, Gaert, Dr. Kron, der Ma-Bund durch den Genossen Schweizer, die Hfjsh-Veren durch Lemmer und die Christlichen durch Proft vertreten. Von der Regierung nahmen Staatssekretär Trendelenburg und Ministerialdirektor Dr. Schäffer an der Besprechung teil. Schäffer legte in großen Zügen das Verbilligungsprogramm der Regierung dar und betonte hinsichtlich der Lohnforderungen der Gewerkschaften, daß es durchaus nicht in ihrem Interesse läge, wenn eine Senkung der autonomen Zölle in den Handelsvertragsverhandlungen durch Lohnforderungen der Gewerkschaften, die an und für sich die Preispolitik der Regierung durchzuführen müßten, verhindert werden.

Die vertretenen Spitzenorganisationen nahmen sodann Stellung zu den Ausführungen der Regierung. Ihre Darlegungen besaßen sich durchweg auf der gleichen Linie und gingen dahin, daß man nicht an die Macht und an die Fähigkeit der Regierung glaube, das Verbilligungsprogramm durchzuführen.

H. a. wies Genosse Gaert in längeren Ausführungen auf die Preisverbilligungsaktionen der Regierung Luther im Herbst 1924 hin. Es waren von der Regierung damals sehr wichtige Maßnahmen, wie die Verminderung der Umsatzsteuer, Frachtermäßigungen, Erhöhung der Wirtschaftskredite und Verlängerung der Umlaufzeit von Warenwechseln, ergriffen worden. Eine Auswirkung auf die Preise hat sich nicht gezeigt, weil das Unternehmertum mit Preissteigerungen bewußt den Wünschen der Regierung entgegenwirkte. Das sei eine bittere Lehre für die Gewerkschaften gewesen. In

den Wirtschaftskreisen habe Einmütigkeit und Einigkeit eine Atmosphäre geschaffen, in der die Regierungsmaßnahmen keinen Raum haben. Auf Grund der Erfahrungen mit der letzten Preisentwertungsaktion sind die Gewerkschaften zu der Klarheit gekommen, daß nur rückwärtsgehende Lohnkämpfe auf dem Karrell und Preisentwertungen bereinigen werden können. Sie wollen sie ihre Lohnforderungen nicht abstoppen. Das ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht die kommende Teuerung im Auge haben, sondern nur für die in den letzten Wochen und Monaten eingetretene Teuerung einen Ausgleich schaffen wollen.

Den Ausführungen Eagers pflichteten die anwesenden Gewerkschaftsvertreter in jeder Hinsicht bei. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Die Gewerkschaften haben ohne jede Enttäuschung die Sitzung verlassen, da sie der Aktion der Regierung von Anfang an nur mit einem Minimum von Hoffnung entgegengeesehen haben.

Taten — nicht Worte

Die Regierung Luther-Schiele will eine Preisentwertungsaktion in die Wege leiten. Man erfährt, daß als Termin für die Preisentwertungsaktion der 1. Oktober ds. Js. genannt wird. Wir befürchten, daß die Aktion Luther-Schiele ebenso im Sande verläuft, wie die ihrer Vorgänger. Der aus dem Zentrumspartei hervorgegangene Arbeitsminister Dr. Braun hat in jener Zeit die Vorarbeiten des Schlichtungsausschusses angehalten, keinerlei Schiedsprüfung zu fällen, durch welche Lohnhöhungen die Aktion der Regierung durchzuführen würden. Diese Aufforderung wurde prompt befolgt. Die außerordentlich niedrigen Löhne konnten keine Erhöhung erfahren. Die Unternehmer-Syndici lehnten am Verhandlungstisch jede Forderung der Arbeiterschaft ab. Die Schlichtungsausschüsse wahrten die „heiligtsten Güter“ der Unternehmer und wiesen die Arbeiter und ihre Vertreter mit allem ihren berechtigten Lohnforderungen ab, immer mit der Begründung, die Aktion der Regierung dürfe nicht gestört werden. Allen Anschein nach, will man die im Fluß befindlichen Lohnkämpfe durch einen neuen Trick der Regierung stellen abwürfen. Die Macht der Industriemagnaten und ihrer Prätorianer reichen nicht aus, die Arbeiterschaft in die Knie zu zwingen. Die Regierung und ihre Organe müssen Befersdenste leisten. Aus dem, was wir bislang an Taten der Regierung Luther-Schiele zu verzeichnen bekommen haben, stellen wir fest, daß es nur bei den neuen angeführten Maßnahmen bringt für die breiten Volksschichten keinen Pfifferling. Die kartellierten Unternehmer, die tatsächlich auf die Preisbildung und Debitierender einen unerhörten Terror ausüben, um ihre überhöhten Preise zu halten und durchzusetzen, sichern sich den Vorteil um eine solche Aktion, wie sie die Regierung plant. Es müssen andere Wege eingeschlagen werden. Eine scharfe Preisentwertungsaktion der Verbraucher muß die erste Etappe im Kampfe gegen das Verbraucher sein. Ein Abbau der Preisentwertungsstellen wäre ebenso, wie die von der Regierung Luther geplante Befreiung der Verbraucher von den gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen.

Die breite Masse des deutschen Volkes, insbesondere die Arbeiterklasse, hat ein Interesse daran, daß nicht unversucht bleibt und alle Wege beschritten werden, um den ungeheuren Druck, der auf ihr lastet, zu befreien. Wenn die Regierung erlaubt, daß die Ankündigung ihrer Maßnahmen herabzuwand auf die Masse wirkt, tritt sie sich. Das Volk will endlich Taten großer Worte Taten sehen.

Die Lohnkampfspolitik der Gewerkschaften kann durch die von der Regierung geplante Maßnahmen keineswegs beeinflußt werden, wenn nicht die Vorbedingung der Lohnkämpfe, die Teuerung, beseitigt wird. Wils. Koch.

Die Krise im Zentrum

Dr. Wirths Schritt und die christlichen Arbeiter in Rheinland-Westfalen.

Köln, 28. August. (Via. Bericht.) Der Austritt Dr. Wirths aus der Zentrumsfraktion wird von der kleineren Zentrumspresse der Städte und Industriestädten des Rheinlandes, wo sie besonders in Arbeiterkreisen ihre Verbreitung hat, doch wesentlich bedenklicher beurteilt, als in der großen Zentrumspresse oder bei den Vätern, die in ländlichen Kreisen erscheinen. Das Organ der Kölner Zentrumspartei, die „Rheinische Volkswacht“, bringt in ihrer Donnerstags-Abend-Ausgabe einen sehr bemerkenswerten Artikel, überschrieben: „Ein offenes Wort zum Schritte Dr. Wirths“. In diesem Artikel wird u. a. gesagt:

„Die in weiten Zentrumskreisen bestehenden Bedenken und Besorgnisse, denen Dr. Wirth demonstrativ Ausdruck gab, erscheinen uns besonders nach dem Vorwissen des Reichstagsabganges der Joll- und Steuerfrage bedenklich. ... Der Schritt Dr. Wirths ist ein Verbrechen, gleichviel, ob sich nachweisen läßt, daß die Besorgnisse Wirths ungerichtet sind oder nicht.“

Zu der Erklärung Fehrenbachs schreibt das Blatt: „Ob sie geeignet ist, als durchschlagende Rechtfertigung der Fraktionshaltung herabzuwürdigen zu wirken? Uns bewegen mehrere Zweifel. Es ist besser, sie auszubrechen, als sie zu verschweigen. ... Es ist nicht allgemeine Ueberzeugung in der Zentrumswahlerschaft, daß die Fraktion den Weg der Zusammenarbeit mit der Regierung zu gehen mußte, wie sie ihm gewöhnt hat. Viele Zentrumswähler sehen eben in dem Gange der Fraktion das Antreiben Dr. Wirths und unter die Fraktion der Fraktion in der Folge einen Mangel an Entschlossenheit der Fraktion als Folge ihrer Bindung nach rechts. Das hat bestimmt und bedenklich gemacht. Sollte es nicht auch Dr. Wirths bedauerlichem Entschluß die letzten Impulse gegeben haben? Die Frage liegt nahe. ... Das empfindende Volkswort gegen rechts ist durch Erscheinungen in deutschen Wirtschaftskreisen und in der deutschnationalen Agitation im unbedenklichen Gebiet vollakt gerechtfertigt.“

Münster i. W., 28. Aug. (Via. Bericht.)

Der Austritt Dr. Wirths aus der Reichstagsfraktion des Zentrums hat in den Kreisen der christlich organisierten Arbeiter Westfalens großes Aufsehen erregt. Bescheidend ist, daß die gesamte Zentrumspresse Nordwestdeutschlands, an der Spitze die münsterlichen Organe, die Sache nur kurz berichtigten, im übrigen aber völlig tot schweigen. Es erscheint das verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß Erzberger, als er wenige Monate vor seiner Ermordung hier redete, von der gleichen rechtsstehenden Zentrumspresse wie ein Abtrünniger behandelt wurde. Die Arbeiterschaft des Zentrums und weite Teile der mittleren und unteren Beamtenschaft bezeichnen den Schritt Dr. Wirths und bedauern nur, daß er innerhalb der Fraktion nicht erfolgt wäre. Die christlichen Arbeiter des Reichstagsabganges Dr. Wirths wird auf die innere Entwicklung im Zentrum, auch hier, wo es vom rechten Flügel beherzigt wird, nicht ohne Folgen bleiben.

Geschäftliches aus Mecklenburg.



Mehrere Fählein noch gut erhaltener deutscher Landwehre sind wegen schlechter Geschäftslage an Interessenten weitgehend zu versteigern.

Schlussitzung des Internationalen Sozialistkongresses

Marzelle, 28. Aug. Im weiteren Verlauf der Nachmittagsitzung des Kongresses gab dann Leon Blum den Standpunkt der französischen Delegation gegenüber den Vertretern aller Länder bekannt, die im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens das gemeinsame Werk zu einem glücklichen Ende zu führen hoffen.

Die Abendung des Internationalen Kongresses begann um 7 1/2 Uhr mit einer Begründung der Entschließung über Marokko durch den Spanier Besteiro. Er stellte fest, dass der Marokkofriede gegen den Willen des spanischen Volkes von der Militärdiktatur und den Generälen geführt werde.

Im Anschluss an die Rede Besteiro erklärte der belgische Delegierte für sämtliche Delegationen, die sich in der Kommission für die Diktatorien bei der Abstimmung über die Entschließung der diktatorischen Arbeiter einmündeten.

Gewerkschaftliches

Kommunistische Treibereien und die IAB.

Der „Bund der Freunde der IAB“ (Internationale Arbeiterbewegung) verleiht an verschiedene Gewerkschaftsgruppen ein Schreiben, in welchem er fordert, sofort eine Protestkammer gegen den IAB und IAGB wegen ihrer Zurückhaltung in der Frage der Unterstützung der diktatorischen Arbeiter einzuleiten.

Die IAB ist längst als kommunistische Parteistütze bekannt. Wenn deshalb die Gewerkschaften ihr gegenüber einen klaren Trennungsschritt setzen würden, so wäre das nur zu beabsichtigen; denn schließlich kann niemand zwei Herren dienen.

Preisfenkungs-Humbung der Luther-Regierung

Wie das deutsche Volk abermals getäuscht werden soll

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hatte zum Donnerstag Vertreter der Presse zu einer Aussprache über die Stellung des Einzelhandels zu dem Preisfenkungs-Humbung der Luther-Regierung eingeladen.

Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Kaufmann Heinrich Grünfeld (Mitglied des Reichswirtschaftsrates), der sehr entschieden alle Versuche zurückwies, die Schuld an den augenblicklich steigenden Preisen gerade dem Einzelhandel aufbürden zu wollen.

Im Anschluss an diese Ausführungen suchten Vertreter einzelner Branchen, wie des Lebensmittelhandels, des Kolonialwarenhandels, des Milch- und Butterhandels, sowie des Textilhandels in eingehenden Darlegungen zu zeigen, dass der Einzelhandel sehr schwer unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leide und sich mit einer äußerst geringen Verdiensthöhe begnügen müsse.

effektiv würden, würde sich wohl die Verteuerung nochmals bemerkbar machen.

Dass auch der Einzelhandel völlig unschuldig an den Preissteigerungen und an der herrschenden Teuerung sein will, wundert uns nicht — „unschuldig“ sind sie ja alle: die Erzeuger, die Produzenten, der Groß- und der Kleinhandel.

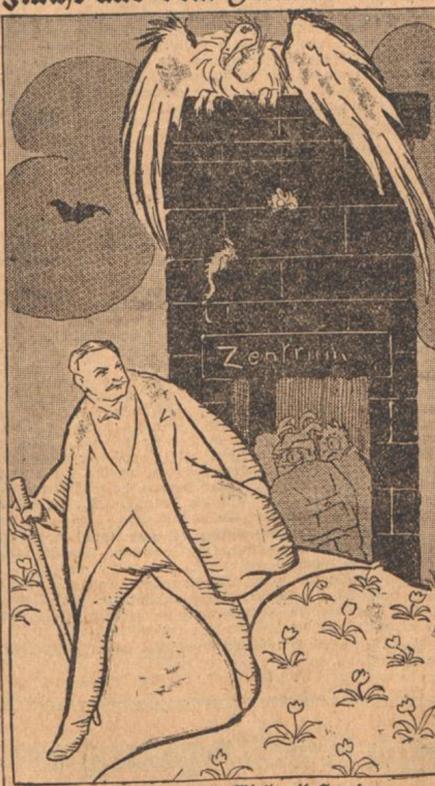
Aber darin kann man den Vertretern des Einzelhandels durchaus zustimmen: die Preisfenkungsaktion der Luther-Regierung ist ein „platonisches Versprechen“ oder — richtiger und präziser ausgedrückt — ein öffentlicher Humbung, den sich die Luther-Regierung deshalb leisten kann, weil sie aus dem Ergebnis der beiden letzten Reichstagswahlen und der Präsidentschaftswahlen ersieht konnte, dass man der Mehrheit des deutschen Volkes mit Erfolg jeden Humbung vormachen kann.

Über die wahlberechtigten Personen, die im deutschen Einzelhandel selbständig tätig sind, haben in ihrer Minderheit dazu beigetragen, eine Reichstagsmehrheit zustande zu bringen, die die Steuererhöhung und den Zolltarif angenommen hat, den jetzt der Vorsitzende der Organisation des Einzelhandels als die Ursache der neuerlichen Preissteigerung bezeichnet.

Gerichtszeitung

Im Betrugsvorwurf Berger, Pfiffner, Siegel schreibt uns Herr Rechtsanwalt Weillbauer, dass es nicht richtig sei, dass er das Mandat mangels Zahlung niedergelegt habe.

Flucht aus dem Zentrumsturm.



Da wendet sich der Wirt mit Grauen.

Aus der Partei

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer Bezirk Baden

Am Mittwoch, den 16. September findet (während des deutschen Parteitag) nachmittags in Heidelberg eine Zusammenkunft der badischen sozialdemokratischen Lehrer statt.

Jugend und Sport

Der Film von der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade

In Frankfurt a. M. gelangt im Laufe des Monats September in Karlsruhe zur Aufführung unter dem Namen „Die neue Erziehung“. Für alle, die selbst in Frankfurt waren, ist hier Gelegenheit geboten, alles was sie selbst erlebt haben, nochmals im Bilde an sich vorüberziehen zu lassen.

Um die nötigen Unterlagen für die Aufführung zu bekommen, eracht deshalb an alle den Sportvereine von Karlsruhe und Umgebung angeschlossenen Vereine, wie Turner, Fußballer, Schwimmer, Radfahrer, Athleten, Sänger, Schach, Schützen usw. die Aufforderung, an untenstehende Adresse baldmöglichst zu melden, wieviel Personen von ihrem Verein die Aufführung besuchen wollen.

Der heutige Nummer des „Volksfreund“ ist die achtsseitige Bilderbeilage „Volk und Zeit“ der 35. Woche beigelegt.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Groberer

Von Martin Andersen Nexø

Kachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Pelle war ein kleiner, handfester Realist, der schon allerlei durchgemacht hatte. Aber nun hatte die Kraft einmal sein Blut durchfließen, und er nahm das Uebernatürliche ohne Protest hin. Die Welt war ganz einfach untergegangen, und er selber befand sich im Treiben — draußen in dem entsetzlich kalten Weltensraum! Vater Lasse und die Werkstätte, Mama und des jungen Meisters leuchtende Augen — mit dem allen war es vorbei. Er trauerte nicht, fühlte sich aber so schrecklich einsam. Robin führte das — und war dies etwa der Tod? Hatte er sich vielleicht vorhin totgefallen, als er an der Kesseltippe herabstürzte — und befand er sich nun auf der Reise nach dem Lande der Seligen? Oder war dies der Weltuntergang selber, von dem er, soweit er zurückdenken konnte, so furchtbar hatte reden hören? Er trieb vielleicht auf der letzten Scholle umher und war der einzige, der noch am Leben war? Es sollte Pelle gar nicht wundern, wenn er oben auf kam, wo alles andere zugrunde ging; selbst in diesem Augenblick der Verzweiflung fand er das im Inneren recht natürlich.

Er stand atemlos still und lauschte dem Endlosen; er hörte die Kolbenschläge seiner Pulse, so laut sie er. Und dann hörte er noch etwas mehr; weit da draußen in dem singenden Nichts, das gegen seine Ohren kochte, fing er die Andeutung eines Lautes auf, den schwirrenden Ton von etwas Lebendigem. So unendlich fern und fein er war, fühlte ihn Pelle doch so, daß es ihn durchdrückte. Es war eine Kuh, die an der Kette nagte, er konnte verfolgen, wie sie den Hals an dem Pfahl auf und nieder schauerte.

Er lief über die Klippen hinab, fiel, war wieder auf den Beinen — und weiter; der Nebel hatte ihn verschlungen, ohne daß er es wußte. Dann war er unten im Rodeland, dann in etwas, das sich anfühlte wie bekannte Streifen unter den Füßen — Erde, die einstmals umgestülpt gewesen und wieder zu Felde geworden war. Der Laut wuchs und wurde zu all den heimlichsten Lauten, wie sie nachts aus einem offenen Kubikell ertönen — und aus dem Nebel tauchte ein verfallenes Bauernhaus auf. Das war es nun freilich nicht, was Pelle suchte — Vater Lasse hatte ein richtiges Gehört mit vier Flügeln! Aber er ging doch hinein.

Draußen auf dem Lande schloffen sie nicht alles ängstlich ab, so wie in der Stadt, er konnte geradewegs hineingehen. Sobald er die Tür zu der Stube aufmachte, mochte die Freude ihm auf. Der traumhafte Geruch, den er kannte, schlug ihm entgegen, die Grundlage für alles Riesen — Vater Lasses Geruch!

Es war dunkel in der Stube, das Licht der Nacht konnte nicht durch die niedrigen Fenster dringen. Er hörte das tiefe Rauschen der Schlafenden und mußte, daß sie nicht aufgewacht waren — die Nacht hatte sich noch nicht gewendet! „Guten Abend!“ sagte er.

Dann begann eine Hand nach Streichhölzern zu tasten.

„So da jemand?“ fragte eine schlaftrunte Frauenstimme.

„Guten Abend!“ rief er nochmals und trat in die Stube vor — „es ist Pelle!“ Er ließ den Namen wie einen Singklang aus. „So — du bist es, Junge!“ Leises Stimmeln, und die Hände konnten nicht über die Streichhölzer werden; aber Pelle sang dem Laut nach und umfaßte sein Handgelenk. „Und wie bist du hierher in die Wüstenei gekommen — noch dazu bei nächstlicher Zeit? Ja, ja, denn will ich man aufstehen!“ wiederholte er und versuchte stöhnend sich aufzusetzen.

„Nee, bleib du doch liegen, und laß mich aufstehen“, sagte Karna, die nach der Wand zu lag — sie hatte sich schweigend verhalten, während die Männer die Unterhaltung führten. „Er hat ja diese Kreuzschmerzen — will ich dir sagen!“ erlachte sie und rief aus dem Bett heraus.

„Ja, ich bin 'n bisschen zu eifrig ins Geschäft gegangen. So geht es ja leicht, wenn man sein eigener Herr ist — es wird einem schwer, wieder einzuklinken. Aber das ist sich auch wohl, wenn ich man erst ordentlich in Gang gekommen bin. Arbeit ist 'ne gute Einreibung gegen Kreuzweh. — Und wie geht es dir denn? Ich glaubte beinahe schon, daß du draußen umgekommen wärest.“

Pelle mußte sich nun auf den Rand des Bettes setzen und von allem in der Stadt erzählen — von der Werkstatt und dem letzten Fein des Meisters und von dem Ganssen. Aber seine Widerwärtigkeiten verschwiegen er; es war nichts für Männer, sich bei so etwas aufzuhalten.

„Aber denn bist du ja gut vorwärts gekommen in der Fremde!“ sagte Lasse entsüdt. „Und angesehen bist du wohl auch?“

„Ja!“ Es kam ein wenig zögernd heraus. Vorläufig war Ansehen gerade nicht das, wozu er sich am meisten erhofft worden hatte — aber wozu sein Elend auszuwachen: „Ja, der junge Meister moß mich gern, er schnadte oft mit mir sogar über den Kopf des Gesellen weg.“

„Nee, seh mal einer! Ich hab' wirklich oft darüber nachgedacht, wie es die Welt erlangen is und ob wir nich' bald was Gutes von dir zu hören kriegen! — aber es gehört ja Zeit zu allem, versteht sich! — Und wie du siehst, hab' ich mich ja auch sehr verändert.“

„Ja, du bist Hoffbesitzer geworden!“ sagte Pelle und lachte. „Den Deuwel auch, ja, das muß ich suessen!“ Lasse lachte mit, stöhnte aber jämmerlich über die Schmerzen im Kreuz. „Des Tags, wenn ich mich abatere, geht es mir ganz aut; aber sobald ich mich hinle, gleich is es da. Und richtiger Leufelstrom is es — als wenn die Räder von einem großen Rastwagen über mein Kreuz hin und her gefahren würden, oder wie man es nu nennen will. Na ja! Fein is es ja doch, sein eigener Herr zu sein! denn so schnurzig is es über mich gekommen, daß mir trocken Brot an eigenen Tisch besser schmeckt als — ja, weiß Gott, ich möcht' sagen, als Rüdendraten an

anderer Leute Tisch. Und denn allein auf seinem eigenen Grund und Boden zu stehen und hinzufragen zu können, wo man hinzufragen will, ohne erst um Erlaubnis zu fragen. Und der Boden is gar nich' so übel, wenn auch das meiste noch nie unter Menschenhand gewesen is; das hat all' dazulegen und seine Extraktsubstanz seit der Erschaffung der Welt aufgeschichtet. — Aber nu die Leute in der Stadt, find die hochmütig!“

„Aß, Pelle konnte nicht klagen. — Wann hab' ihr denn eigentlich gebeitert?“ fragte er plötzlich.

„Ja, sich' mal —“ Lasse fing an über seine eigenen Worte zu sträueln, er war gerade auf diese Frage des Jungen gefaßt gewesen. — „Berbeitert auf diese Art find wir ja gerade nich', denn dazu gebt Geld, und die Wirtschaft hier geht vor. Aber es is ja unsere Pflicht, verheißt sich, sobald wir Geld und Gelegenheit haben“ Lasse's obliche Pflicht war nur die, daß man die Ausage ebenjogal hören könne: weanichens is hinter tau'n und forberten. Eßlich geboren zu wer't. Aber er sah es Pelle an, daß dem das nicht ma-dea würde; der Junge war noch derselbe pedantische kleine Kerl, sobald es sich um Ehrbarkeit handelte. „Sobald wir die Ernte unter Dach haben, laden wir zu einem großen Schmaus ein“, sagte er resigniert.

Pelle nickte eifrig. Nun war er Hoffbesitzer, und damit konnte er sich den ärmlich seinen Stadtungen gegenüber aufspielen. Aber dann durfte man ihm auch nicht unter die Nase reiben können, daß sein Vater mit einer Frauensperson zusammenlebte.

Karna kam mit Essen herein — sie sah den Jungen sehr liebevoll an. „Lang zu und oerschnäh' unsere armselige Kost nich', Sohn“, sagte sie und berührte freundlich seinen Arm; und Pelle dieb mit gutem Appetit ein. Lasse hing halb aus dem Alkoven heraus und freute sich.

„Deinen Appetit hast du da unten noch nich' eingebüßt“, sagte er. „Kriegt ihr was Ordentliches zu essen? Karna meinte, es wäre man schlecht damit bestell.“

„Zum Aushalten is es!“ sagte Pelle hartnäckig. Er beehrte jetzt, daß er sich an jenem Abend in seiner traurigen Stimmung Karna gegenüber verplappert hatte.

Die Luft zum Essen stieg in Lasse auf, so nach und nach stahl er sich aus dem Alkoven heraus. „Du bist ja alleine da“, sagte er und setzte sich in Nachtmütze und Unterhoje an den Tisch; er hatte sich eine gestrickte Nachtmütze angetan, der Zipfel fiel flott auf das eine Ohr herab. Wie ein richtiger, alter Bauersmann sah er aus — wie einer mit Geld im Bestrock. Und Karna, die hin und her ging, während die Männer aßen, hatte einen runden, fettigen Bauch und ein großes Brotmesser in der Hand. Sieh sah so vertrauenswürdig aus wie nur irgend eine Bauersfrau.

(Fortsetzung folgt.)

Heber die große Schweizer Kunstausstellung

Am Sonntag, den 30. August, schließt die Große Schweizer Kunstausstellung. Es interessiert unsere Leser gewiß, was ein feinsinniger Kritiker, Dr. H. G. H. in unserem Münchener Pariserblatt, der „München Post“ zu sagen hat. Er schreibt:

Die Große Schweizer Kunstausstellung in der städtischen Ausstellungshalle ist nicht mehr und nicht weniger als der erste Schritt zur Beilegung jener lästigen Grenzsperrde, die uns seit dem Jahre des Unheils 1914 peinlich isolierte, uns auf uns selbst, seit Kriegsende auf unsere tiefste Erziehung verma. Das materielle Darben eines von Weltvertrieb abgeschnittene Volkes haben wir zur Genüge kennen gelernt; die Wirkungen der geistigen Blockade, der sich viele Deutsche in einem oft überreizten Zustand gefränkter Ehrgeizlich sogar freiwillig unterwerfen möchten, werden heute nur von weniger Scharfsichtigen beachtet. In zehn Jahren könnten sie zum allgemeinen Entsetzen klar zutage liegen, wäre bis dahin nicht, wie zu hoffen, der Bann gebrochen und durch die Bemühungen in beiden Lagern, vom Ausland wie von Deutschland aus, der reinsten Wahr der Entfremdung überwunden.

Sollte sich unsere armlige Isoliertheit in noch so hochtönende Phrasen — wir brauchen die anderen, und die anderen brauchen uns! Das „Schlingengewächs des Internationalismus“ wird auf gewisser Seite beifällig, im stillen Kämmerlein, gelächelt, wenn es Bündnisse internationaler Klassenpolitik kündigt. Uns andere aber, die wir die geistige und sittliche Erneuerung der Völker von der Erneuerung ihres kulturellen kultureller Werte erhoffen, verdächtigt nationalitätlicher Heber eifer um des selbstverständlichen Verlangens willen, deutschen Geist, deutsche Arbeit nicht lebenslanglich auf der schwarzen Liste geführt zu wissen. Wir streben, mitzuarbeiten und mitzutaten in der Gemeinschaft der großen Kulturen, denn wir wissen, daß unsere Leistung, welche sie Wissenschaft, Technik, Kunst, Bilderei, Wertkunst, zur Abdämmung deutschfeindlicher Strömungen weit mehr ausrichten wird, als die geistlichste Propaganda mit allen ihren schiefen Absichtlichkeiten und absichtlichen Schiefheiten. Wir glauben fest, daß man uns nur zu kennen braucht, um uns zu achten, vielleicht sogar lieben zu lernen, aber wir stellen zugleich den Anspruch an uns selber, nicht in verwerflichem Zustande in die Welt einer neuen geistigen Völkergemeinschaft einzutreten. Zum wenigsten müssen wir wissen, was in der bitteren Zeit unseres Ringens um die nackte Existenz in der Welt draußen vorgegangen, und darum danken wir jeder fremden Kulturgemeinschaft, die uns freundschaftlich diesen Ansehensunterricht vermittelt. Sollte er ergehen, daß es uns da und dort noch fehlt, sollte er uns auf diesem oder jenem Gebiete dem Stillstand, dem Rückschritt anheimgefallen zeigen, so wird der behebbarer Mangel unserer Tatbereitschaft, unserer Fortschrittswillen nicht lähmen. . . .

Sowohl die Schweiz, die zu den Eröffnungsfeierlichkeiten mehrere Vertreter ihrer Bundes- und Kantonalbehörden, sowie ihrer Kunstschaffenden entsandt hatte, wie das deutsche Reich, dessen um das Zustandekommen der Ausstellung hauptberuflicher Gelehrter in Wien, Dr. Adolf Müllers, Leiter wegen Unmöglichkeit nicht anwesend sein konnte, das Land Baden, in dessen Namen Innenminister Kemmerle, als Stellvertreter des durch schwere Erkrankung seiner Gattin in Zürich zurückgebliebenen Staatspräsidenten Dr. Hellweg Kluge und tatkräftige Worte sprach, schließlich die Stadt Karlsruhe, bei deren beiderbeidenebehaltigen Festmahle nach dem Oberbürgermeister Dr. Finster, herortragende Vertreter der badiischen Sozialdemokratie wie Staatsrat Marxum und Bürgermeister Sauer das kulturelle Ereignis würdigten, — sie alle verdienen un-

deren Dank nicht minder wie der künstlerische Organisator der Ausstellung, der Leiter der Badischen Kunsthalle, Prof. Dr. Stora, der sein Bestes getan hat, das Wert der schweizerischen Gäste richtig zur Geltung zu bringen und besten ausstellungstechnische Grundzüge, wie er sie beim Eröffnungsakt entwickelte; ein Ergebnis geseitigt haben, das sein Wert neben die früheren, für die neuere Kunstgeschichte bedeutsam gewordenen Ausstellungen stellt.

Nur in der frischen, freibeitlichen Luft Badens konnte gelingen, was in der Kunststadt München vor 25 Jahren Selbstverständlichkeit, heute aber der Ablehnung aller der Selbstgerechten, Selbstentgeltlichen sicher gewesen wäre, die im Bayern dieser Tage den Ton angeben.“

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan für 5.—15. September 1925

Im Landestheater:
Samstag, den 5. Sept. * A 1 Th.G. 101—200. Neu einstudiert: Penthesilea. 7½ bis gegen 10. (5.20.)
Sonntag, den 6. Sept. * B 1. Neu einstudiert und in neuer Inszenierung: Der Freischütz. 7—10¼. (8.40.)
Montag, den 7. Sept. Keine Vorstellung.
Dienstag, den 8. Sept. * C 1. Th.G. 1—100. Neu einstudiert und in neuer Inszenierung: Der Widerspänziges Zähmung. Oper von Gök. 7½ bis gegen 10¼. (7.40.)
Mittwoch, den 9. Sept. * F 1 Th.G. 201—300. Neu einstudiert: Kabale und Liebe. 7 bis gegen 10¼. (5.20.)
Donnerstag, den 10. Sept. * E 1. Th.G. 301—400. Neu einstudiert und in neuer Inszenierung: Der Wildschütz. 7½ bis gegen 10¼. (7.40.)
Freitag, den 11. Sept. * D 1. Th.G. 401—500. Penthesilea. 7½ bis gegen 10. (5.20.)
Samstag, den 12. Sept. * G 1. Th.G. 501—600. Russischer Komödienabend. Zum 1. Mal a) Er ist an allem Schuld; (Komödie von Leo Tolstoi.) b) Die Heirat. Groteske von N. Gogol. 7½—10. (5.20.)
Sonntag, den 13. Sept. A 2. Neu einstudiert: Kobengrin. 6½ bis gegen 11. (8.40.)
Montag, den 14. Sept. * Volksbühne 1. Der Traum ein Leben. 7½—10. (5.20.) Der 4. Kana ist zum allgem. Verkauf freigegeben.
Dienstag, den 15. Sept. * C 2. Th.G. 601—700. Der Wildschütz. 7½ bis gegen 10¼. (7.40.)

Im Konzerthaus:
Sonntag, den 13. Sept. * Zum 1. Mal: Der Narrensettel. (Ein frohliches Spiel von Pöhl.) 7½—9¼. (4.20.)
In den Preisen sind die Sozialabgabe und das Programmheft inbegriffen.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten u. Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 29. August, nachm. ¼4—5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 31. August, an, Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Einsparung des Abonnements für die 1. Rate vom 28. August bis einschl. 1. Sept.; ab 2. Sept. Hauszinsung gegen eine Anzahlung von 20 J. Preise für drei Vorstellungen: 15.40, 14.50, 12.10, 10.60 und 7.10 J.

Anmeldung von Neu-Abonnements und nähere Auskunft bei der Theaterkasse (Vorverkauf). Kassensunden ¼10—1 und ¼4—5 Uhr.

Während der Karlsruher Herbsttage:
Bestwoche des Bad. Landestheaters vom 3.—11. Oktober 1925.

Die Sixtinische Kapelle aus Rom kommt zu uns. Die Sänger der Römischen Basiliken, bestehend aus den Chören San Pietro Vaticano, San Giovanni Laterano, Santa Maria Maggiore und der Sixtinischen Kapelle unter Leitung ihres Maestro di Capella, Monsignore Raffaele G. Cassini, werden anlässlich der zweiten Konzertreihe durch Deutschland auch bei uns ein Konzert veranstalten. Nähere Auskünfte erteilt: Kurt Heufeldt, Waldstraße 39, bei der Vorverkauf bereits rege eingekauft hat.

Schüler-Gedächtnis-Ausstellung in Karlsruhe. Am 9. Dezember ds. Js. sind 50 Jahre vergangen, seit der zu seinen Lebzeiten viel genannte und beliebte Maler Adolph Schradler in Karlsruhe die Augen schloß. Die Bad. Kunsthalle besitzet in Karlsruhe die Augen schloß. Die Bad. Kunsthalle besitzt in Karlsruhe tätigen Künstler in einer Gedächtnis-Ausstellung zu ehren, die Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Graphik umfasst. Vieles ist in privatem Besitz noch verborgen und sollte bei diesem Anlaß Berücksichtigung finden. Für zweckdienliche Angaben ist die Direktion der Kunsthalle etwaigen unbekanntem Besitzern zu besonderem Dank verpflichtet.

Aus aller Welt

Schule und Heim. Man hat in verschiedenen Städten Untersuchungen über die häuslichen Schularbeiten der Jugend angestellt, z. B. in Würzburg, Berlin, teils vom pädagogischen, teils vom sozialen Standpunkte. Diese Untersuchungen haben nun einen traurigen Einblick in die häusliche Not unserer Schulkinder gewährt. Man hat gefunden, daß Kinder in großer Zahl ihre Schularbeiten an Fensterbrettern, auf Bänken, Stühlen, ja auf Herden anfertigen, weil die Enge, das Gebraue von Mobiliar oder die Benützung der Möbel durch Erwachsene ein ordnungsmäßiges Anfertigen der Hausarbeiten für die Schule nicht zulassen. Diese Feststellungen zeigen einmal wieder, wie die Kultur ihre letzten Wurzeln im sozialen Leben hat und daß wir nie zur kulturellen Höhe gelangen können, wenn wir nicht auch das soziale Leben entsprechend gestaltet haben.

Deutsch-dänischer Kinderanstellung. Der dänische Genosse J. B. Nielsen, der sich große Verdienste um die Unterbringung deutscher Kinder in Dänemark während der Kriegs- und Inflationszeit erworben hat, plant noch für diesen Sommer ein neues Werk großzügiger Jugendfürsorge. Deutschen und dänischen Kindern von 12 bis 14 Jahren soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Sommerferien in Dänemark bzw. in Deutschland zu verbringen. Anfang August kommen 60 Kinder aus Frankfurt a. M. für acht Tage nach Kopenhagen und andererseits sollen im Oktober Kopenhagener Kinder nach Berlin reisen, um sich die deutsche Reichshauptstadt anzusehen und Eindrücke über die Grenze der eigenen Heimat hinaus zu sammeln. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Jugendbewegung werden sich der Durchführung dieses Jugendbilanzwerkes widmen.

Friedensarbeit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Die Friedensfrage auf dem Marzeller Kongress

„Es ist schlimm genug, daß wir immer noch gegen den Kapitalismus kämpfen müssen, verabscheuungswürdig aber wäre der Gedanke, daß wir nochmals für ihn sterben sollten“

In zwei Sitzungen befaßte sich der Internationale Kongress in Marzelle mit der internationalen sozialistischen Friedenspolitik. Vier sozialistische Führer, Burton, England, Silberding, Deutschland, Leon Blum, Frankreich und Hilquit, Vereinigte Staaten, hielten großzügige Referate. Wir geben die Reden der vier genannten Sozialistenführer im Auszuge wieder:

Das Referat über die Frage der internationalen sozialistischen Friedenspolitik erstattete

Burton (England)

Er führt aus, daß die Frage der Konsolidierung des Friedens das wichtigste Problem sei, das der internationale Sozialismus zu behandeln habe.

Von dem ideologischen Pazifismus der bürgerlichen Parteien unterscheidet sich der praktische Pazifismus des Sozialismus vor allem dadurch, daß er auf dem Bewußtsein von der Gemeinschaft der Interessen ruhe, die unter den Arbeitern aller Länder besteht und die enger und fester sei als die Gemeinschaft der Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeitern des gleichen Landes.

Eine wichtige Frage für die Sicherung des Friedens bilde die Regelung der Rohstoffverteilung. Während der Kongress über den Frieden berate, donnerten bereits wieder an verschiedenen Stellen die Kanonen. Verschiedene Konflikte, die in den letzten Jahren ausgebrochen seien, hätten nur allzu leicht zu einem neuen allgemeinen Kriege sich entwickeln können. Deshalb müsse der Sozialismus alles tun, um dem Ausbruch des Krieges entgegenzuwirken. In der Frage der Abrüstung hätten die Genossen in Dänemark, Holland und Schweden ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Eine betriebende Lösung des Abrüstungsproblems sei jedoch nicht zu erwarten, solange die Entwaffnung sich auf die besetzten Völker und einige wenige Neutralen allein beschränke. Die Abrüstung müsse vielmehr vollständig sein und alle Länder umfassen. Nur so könne verhindert werden, daß sich die Ereignisse von 1914 wiederholen. Die Mittel, die der Sozialismus in den Dienst seines Kampfes für den Frieden stellen müsse, seien einmal die Einleitung parlamentarischer Aktionen in allen Ländern, andererseits Vorbereitung des Generalstreiks im Falle des Ausbruchs von Konflikten. Auch die dauernde Überwachung der Rüstungsindustrien müsse ins Auge gefaßt werden. Die Kampfmittel der Kommunisten, die Kampfschulen innerhalb der Armeen organisieren wollen und die Soldaten zur Desertion auffordern, halte der Sozialismus für lächerlich und unwirksam. Ein wichtiges Mittel, den Frieden zu sichern, ist das Gefühl der Sicherheit unter den Völkern zu entwickeln. Unter den zu diesem Zwecke vorbereiteten Projekten stehe das Genfer Protokoll an erster Stelle. Die SWJ. habe sich bereits einmütig zu dessen Gunsten ausgesprochen.

Angeht die Zweifelhaftheit seiner Ratifikation habe man jetzt eine beschränkte Verständigung der einzelnen Länder des Westens vorgeschlagen. Da man noch am Beginn der Verhandlungen darüber stehe, sei ein abschließendes Urteil noch nicht möglich, schon jetzt aber seien die Meinungen darüber innerhalb des Sozialismus stark geteilt. Die einen sehen eine Hoffnung für den Frieden darin, daß Deutschland eine Reihe von Verträgen zur Sicherung gegen den Krieg abschließen. Jedenfalls würden sie nur eine beschränkte Verständigung über den Frieden am Rhein sichern. Die anderen fürchteten von ihr jedoch Komplikationen der Zukunft. Sie befürchteten insbesondere, daß der in Aussicht genommene Pakt eine Spalte gegen Rußland bilde und dieses mehr und mehr in die Arme Afens treibe. Außerdem sehe man nicht, wie der Pakt zu der allgemeinen Abrüstung führen könne. Seine Gegner beantragten ihre Ablehnung vor allem damit, daß er eine militärische Aktion gestatte, ohne daß internationale Verhandlungen eingeleitet werden, um den Frieden zu sichern. Diese militärische Aktion könne unternommen werden auf Grund einseitiger Beschlüsse. Außerdem könne man nicht von einer Gegenseitigkeit und wirklichen Gleichheit sprechen, solange die eine Seite voll bewaffnet, die andere entwaffnet sei. Endlich stelle der Garantiepakt eine Bestätigung der Friedensverträge dar, während der internationale Sozialismus stets die Auffassung vertreten habe, daß diese Verträge, die eine Vereinigung der Gerechtigkeit seien, einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Anknüpfend an die Gegenüber der Meinungen, die über den Garantiepakt im Lager des Sozialismus herrschen, glaubten die englischen Delegierten vorschlagen zu sollen, es den Parteien der einzelnen Länder zu überlassen, selbst und nach eigenem Ermessen dazu Stellung zu nehmen. Eine beschränkte Verständigung könne die englische Arbeiterpartei jedenfalls nur dann zustimmen, wenn sie kein Hindernis für den allgemeinen Plan der Abrüstung bilde. Die Parteien der einzelnen Länder sollen eine Aktion einleiten mit dem Ziele, daß die nächste Vollversammlung des Völkerbundes nochmals das Protokoll einer sorgfältigen Erörterung unterziehe. Notwendig sei weiterhin die Ergänzung des Völkerbundes durch den Eintritt Deutschlands, Rußlands und der Vereinigten Staaten. Das dreifache Prinzip: Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung könne nur dann reiflos verwendet werden, wenn es ergänzt werde durch Vereinbarungen, die es ermöglichen, in Übereinstimmung des Artikels 19 der Völkerbundscharta eine Revision der in haltbaren Bestimmungen des Friedensvertrages in Aussicht zu nehmen.

Der zweite Referent

Silberding (Deutschland)

erinnert an die Diskussion, die auf der Tagung in Stuttgart über das gleiche Thema zwischen August Bebel und Holmar auf der einen, Janetz auf der anderen Seite geführt wurde und deren Ergebnis damals Bandenweise die Formulierung gegeben habe: „Der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Friede!“ Diese These genügt uns heute nicht mehr, weil wir heute fester sind als damals, weil wir wissen, daß wir den Klassenkampf führen müssen auf breiter Front und gegen alle Hebel des Kapitalismus. Die Organisation des Friedens und die Befreiung des Proletariats sind die beiden Ziele, die wir gleichzeitig erreichen müssen. Denn es gibt kein wichtigeres und unmittelbares Ziel als die Beendigung des Krieges. Es ist schlimm genug, daß wir noch immer gegen den Kapitalismus kämpfen müssen, verabscheu-

ungswürdig aber wäre der Gedanke, daß wir nochmals für ihn sterben sollten. Der Sozialismus ist heute ein viel zu wichtiger mitbestimmender Faktor in der internationalen Politik, als daß wir uns mit der These von Stuttgart begnügen könnten.

Das Problem des Friedens ist für uns heute zum Problem der Reorganisation der Welt geworden.

Der Kapitalismus will die Welt in Ausbeutung und Interessensphären teilen. Mit der Macht des Kapitalismus sind die Tendenzen des Imperialismus gewachsen. Der politische Überbau des Kapitals ist aber in einem hässlichen Wandel begriffen.

In der Form der demokratischen Republik, die er in den meisten Ländern jetzt angenommen hat, ist er in hohem Grade abhängig geworden von der Macht und der Organisationskraft des Proletariats. In der modernen Demokratie ist es die breite Masse der Arbeiter, die die Politik miträgt und mitbestimmt, wenn sie nur weiß, die Macht ihrer Organisation und die Kraft ihres Willens in die Waagschale zu werfen. Wenn das Proletariat auch noch ökonomisch abhängig ist, politisch ist es immer freier geworden, und der Tag wird kommen, wo es der politischen Freiheit auch die ökonomische Freiheit hinzufügen wird.

Die Fortschritte der Arbeiterkraft in dem Kampfe um die politische Macht eröffnen neue Perspektiven für die Bekämpfung des Krieges. Unser Kampf um den Frieden ist nur ein Teil des Klassenkampfes, den das Proletariat gegen die Kriegstendenzen des Kapitals führt. Seitdem die Internationale besteht, ist dies ihr Hauptziel. Neu ist nur unsere Methode. Die Konsolidierung des Friedens ist ein Organisationsproblem von allergrößtem Ausmaß. Sie bedeutet den vollständigen Neuaufbau Europas und der Welt. Anstelle des bürgerlichen Nationalitätsprinzips muß der Sozialismus den proletarischen Nationalitätsbegriff leben. Wir wollen alles weiter entwickeln, was innerhalb der einzelnen Nationalitäten auf dem Gebiete der Kultur, des Geistes und der Kunst groß geworden ist, was den wirklichen Besitz und die wahre Eigenart der Völker ausmacht. Aber wir wollen den Geist bekämpfen, der uns in die Schlingensucht geführt hat. Die Überwindung des bürgerlichen Nationalitätsbegriffs bedeutet die Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten innerhalb des Bundes der Nationalen. Damit ist zugleich ausgesprochen, daß es dann für die Einzelstaaten nicht mehr das Recht der Kriegserklärung geben kann. Denn dieses sogenannte Recht ist ein Verbrechen an der Menschheit. Es darf in Zukunft nur mehr die Notwehr der Gesamtheit gegen den Einzelnen, der zum Friedensbrecher an der Gesamtheit wird, geben. Deshalb fordern wir, daß der Völkerbund vollständig ausgebaut wird. Deshalb wollen wir ohne Einschränkung den Eintritt Deutschlands in den Bund, denn wir sind der Meinung, daß jede Nation, die sich befreit, damit das Prinzip der Solidarität der Nationen misachtet. Erst wenn außer Deutschland auch Rußland und die Vereinigten Staaten zu seinen Mitgliedern gehören, wird der Völkerbund in der Lage sein, auch seine Politik auszuüben.

Es ist leicht, an der Politik des Völkerbundes Kritik zu üben, aber man wird darüber nicht verzeihen dürfen, daß diese Kritik sich nicht gegen die Institutionen, sondern gegen den Gebrauch richtet, den heute die Regierungen davon machen. Die Politik des Völkerbundes wird und kann sich nur ändern mit der Politik in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Deshalb ist eine Veränderung erst zu erwarten, wenn alle Länder Regierungen aufzuweisen haben, die wirklich den Neuaufbau der Welt wollen. Und deshalb wird die Reorganisation des Völkerbundes um so besser und wirksamer sein, je weiter die Fortschritte der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern sein werden. Das dreifache Fundament der Völkerbundscharta: Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung habe eine erste Verwirklichung gefunden in dem Genfer Protokoll, das ein wirklicher Fortschritt gewesen wäre. Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung sind für uns eine Einheit, eine politische Dreifaltigkeit. Wir wollen abstrakte Schiedsgerichtsbarkeit, die über alle Streitigkeiten ohne Ausnahme entscheiden soll. Wir würden es für eine neue Gefahr halten, wenn einzelne Streitpunkte weiterhin der Schiedsgerichtsbarkeit entzogen würden. Die Sicherheit ist nur möglich, wenn alle Verträge auf voller Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung beruhen und keine Macht ein Privileg erhält, über Verletzung der Verträge allein zu entscheiden. Deshalb muß die sozialistische Internationale jede Garantie über die Ausführung der Schiedsgerichtsbarkeit durch eine einzelne Nation ablehnen. Diese Entscheidung darf nur der Gesamtheit, d. h. dem Völkerbunde vorbehalten bleiben. Jedes einer einzelnen Macht anenebene Privileg würde einen neuen Faktor der Unsicherheit bedeuten. Ohne Abrüstung gibt es weder Schiedsgerichtsbarkeit noch Sicherheit. Diese ist die reale Garantie eines wahrhaften Friedens. Die Abrüstung muß allgemein sein, denn die einseitige Abrüstung ist eine Kriegsgefahr, weil sie für den Stärkeren eine gefährliche Versuchung darstellt, sich die Schwäche des Abgerüsteten zu Nute zu machen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Internationale an dem Genfer Protokoll als einen wichtigen Schritt nach vorwärts festhalten muß. Aber wenn wir vor die aktuelle Frage gestellt werden, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, die Wartezeit bis zur Verwirklichung des Protokolls zu überbrücken und in der Zwischenzeit den Frieden nach Möglichkeit zu sichern, so dürfen wir uns mit jedem Projekte ernstlich befassen, das nicht vom Genfer Protokoll abführt. Gelina es, zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu einer Entspannung zu kommen, dann werden die Bestrebungen zur Durchführung der Abrüstung nicht gehindert, sondern gefördert werden. Gewiss kann es in einer internationalen Differenz bei der Betrachtung der politischen Einzelprobleme geben. In einer so wichtigen Frage muß es aber gelingen, zu einer Verständigung zu gelangen.

Für uns kontinentalen Sozialisten ist es wichtig, daß der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt geschafft werden, und wenn der Sicherheitspakt dazu ein Mittel bietet, dann ist es Pflicht aller Teile der Internationale, uns zu helfen, diesen ersten Schritt zu tun. Wir versichern Ihnen dafür, daß wir alles daran setzen werden, diesem ersten Schritt, den zweiten und dritten zur Verwirklichung des Genfer Protokolls folgen zu lassen. Nicht nur auf dem

Gebiete der Politik, sondern auch auf dem Gebiete der Wirtschaft muß der nationale Egoismus, die nationale Souveränität zugunsten der Interessen der Gesamtheit des Weltproletariats beschränkt werden. Die notwendige Vorbedingung dafür aber bildet die bewusste Führung des Kampfes in jedem einzelnen Lande. Denn der erste Schritt zum praktischen Pazifismus ist die Festigung des Bewußtseins von der völligen Solidarität der Interessen des internationalen Proletariats.

Der nun folgende Redner

Leon Blum

leitete seine Ausführungen mit einer kurzen Reminiscenz an die Vergangenheit ein, um den gewaltigen Fortschritt anzudeuten, den die internationale Situation seit dem letzten Kongress der Internationale gemacht hat und die den Sozialismus trotz aller Sorgen um die Zukunft zu erfreulicher Genugtuung berechtigt, um so mehr, als es im wesentlichen sein Wert gegenüber europäischen Staaten beigetragen habe. Der Dames-Plan wäre unmöglich gewesen ohne die Arbeit der Verhandlungen eingetretener Bemühungen um die Regelung der Sicherheitsfrage würden erfolglos geblieben sein, wenn nicht die sozialistische Internationale wertvolle Beiträge geleistet haben würde. Auch die französischen Sozialisten bedauerten, daß das Genfer Protokoll nicht Wirklichkeit geworden sei. Auch sie betrachteten den an seiner Stelle vorgezeichneten auf die Weltmächte beschränkten Garantiepakt als die weniger wirksame Lösung. Aber er müsse Burton auf härteste widersprechen, wenn dieser glaube, in einer so wichtigen Frage den Parteien der einzelnen Länder volle Handlungsfreiheit lassen zu müssen. Blum kommt sodann auf die Kontroverse zurück, die zwischen den französischen und englischen Sozialisten seit Jahren über die Frage der isolierten Verträge geführt worden ist. Heute handele es sich nicht mehr um einen Vertrag zwischen ehemaligen Alliierten des großen Krieges, nicht mehr um die ausschließliche militärische Garantie, sondern um einen Vertrag, der die Feinde von gestern in einem auf voller Gegenseitigkeit beruhenden Abkommen vereinige und der ein diplomatisches Instrument im Geiste des Genfer Protokolls sei. Der Redner bezeichnete es als ein Verhängnis, wenn anknüpfend der Einmütigkeit, die zwischen den Sozialisten Deutschlands und Frankreichs über die Notwendigkeit des Garantiepaktes als einer Zwischenschaltung bestehe, die englischen Sozialisten sich abseits halten würden. Die von deutscher Seite gegen das Protokoll gemachten Einwendungen, insbesondere bezüglich der Frage der autonomen Sanktionen und der einseitigen Garantie der Verträge durch Frankreich, würden von selbst verschwinden mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die These des französischen Sozialismus sei von Anfang an die gewesen:

Schaffung der Sicherheit durch Schiedsgerichtsbarkeit und allgemeine Abrüstung.

Das besage von selbst, daß auch die französischen Sozialisten der Auffassung seien, daß die Entwaffnung sich nicht auf ein einziges Land beschränken dürfe. In der Frage der Revision der Friedensverträge wiederholte Leon Blum, was er bereits auf dem Pariser Parteitag in der vergangenen Woche gesagt hat, daß man man das Sicherheitsventil, das der Artikel 19 der Völkerbundscharta geschaffen habe, schließen wolle, man die Gefahr neuer Kriege vergrößern würde. Mit einem von hoffnungsvollem Idealismus verklärten Ausblick auf die Zukunft und dem unerlöschlichen Glauben an den Sieg der Sache des internationalen Proletariats schloß Blum seine von minutenlangem Beifall gefolten Ausführungen.

Nach der Ueberweisung des gezeigten Referats Leon Blums durch Dr. Breisfeld kam der

Amerikaner Hilquit

dazu das Wort. Er führte aus, daß die europäischen Arbeiter sich davon Rechenschaft geben müßten, daß die Konsolidierung des Friedens nicht zu erreichen sei ohne die Hilfe Amerikas, und daß sie deshalb sich mehr und mehr für die noch viel zu wenig bekannten amerikanischen Verhältnisse interessieren und die amerikanische Arbeiterbewegung fester in die sozialistische Bewegung einbeziehen müßten. Hilquit entwarf sodann ein Bild von der wachsenden Macht des amerikanischen Kapitalismus, der notenmäßig die amerikanischen Imperialisten von Jahr zu Jahr stärker und aggressiver werden lasse. Die Montecarlokonferenz, die im Jahre 1923 als Schluß für die amerikanische Unabhängigkeit und zur Abwehr der Bestrebungen der belgischen Alliance, die in Mittel- und Südamerika Monarchien errichten wollte, geschaffen worden sei, habe heute den, abgeänderten Sinn erhalten:

Amerika für die Vereinigten Staaten.

Ein großer Teil der selbständigen Republiken Zentral- und Südamerikas hätten teilweise bereits unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten, die dort ihre finanzielle Vormacht nur mit Hilfe militärischer Unternehmungen aufrechterhalten und festzuhalten vermocht hätten. Ein typisches Beispiel dafür sei die Geschichte des Panamakanals. Da diese Republiken zu schwach seien, um dem Vordringen der Vereinigten Staaten Widerstand entgegen zu setzen, drohe eine Kriegsgefahr nur von Mexiko, das sich unter dem neuen Regime nicht nur eine demokratische Verfassung gegeben habe, sondern auch seine Macht zu konsolidieren beginne, und von Japan, gegen das die Vereinigten Staaten aus Gründen der wirtschaftlichen Konkurrenz eine vom sozialistischen Gesichtspunkte aus aufs schärfste zu verurteilende Ausnahmebestimmung durchgeföhrt habe. Insbesondere das Gesetz des Jahres 1924, das den Japanern jede dauernde Niederlassung auf amerikanischem Boden in gefährdender Weise zu verschärfen. Leider sei der Einfluß des amerikanischen Sozialismus infolge seiner ungenügenden Organisation noch sehr schwach. Die sozialistische Arbeiterbewegung habe seinerzeit den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg aufs schärfste bekämpft. Leider, erlosch. Sie habe sich später mit allen Mitteln für den Abschluß eines wahrhaft demokratischen Friedens eingesetzt, aber auch hier seien ihre Bemühungen von dem Imperialismus der Regierungen ungenutzt geblieben. Aufgabe des internationalen Sozialismus sei es, die Friedensarbeit durch Propaganda und Unterstützung aller Bestrebungen, die die schiedsgerichtliche Beilegung aller Konflikte zum Ziele haben, zu fördern. Sie dürfe dabei jedoch nicht die Lehren des Jahres 1914 vergessen, und es dürfe sich nicht wiederholen, daß, sobald ein Konflikt zwischen zwei Ländern entsteht, alle

Bemühungen um schiedsrichterliche Schlichtung mit einem Schlichter hinfallig werden und alle Verhandlungen der sozialistischen Internationale wie ein leeres Papier zerfallen werden. Anstelle des Kapitalismus müsse der Gedanke der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität treten. Deshalb müsse es das Bestreben der Arbeiter sein, daß in allen Ländern Europas und der Welt sozialistische Regierungen ans Ruder kommen.

Die Kundgebung des Internationalen Kongresses zur Friedensfrage

Paris, 27. August. Der Kongreß der sozialistischen Internationale hat am Donnerstagabend die Resolution, auf die sich die Kommission nach tagelanger Diskussion geeinigt hatte, einstimmig angenommen. Sie erklärt, daß der wirtschaftliche Konkurrenzkampf des Kapitalismus in den einzelnen Ländern eine der Hauptursachen der Krisenperiode sei, insbesondere die rivalisierenden kämpfenden Wirtschaftssysteme, die bald zum Imperialismus und einen auf die Erziebung der Welt ballantieren und die Arbeitslosigkeit steigern. Einzig und allein die Sozialdemokratie sei in der Lage, diesen chaotischen Zuständen ein Ende zu machen.

Der zweite Absatz der Resolution präzisiert die Stellung der sozialdemokratischen Internationale zum Völkerverbund. Er führt unter anderem an, daß gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages eine starke Gefahr für den Frieden bedeuten. Die in der sozialistischen Internationale vereinigte Arbeiterschaft hat die Gründung des Völkerverbundes ablehnt, aber sie nicht sich zu der Erklärung genötigt, daß dieser keine Mission erfüllt. Erst dann erfüllen kann, wenn alle Länder mit völlig gleichen Rechten und Pflichten ihm angeschlossen sind. Aus diesem Grunde wünscht die Internationale, daß die Bestimmungen des Art. 19, die eine Revision der Friedensverträge vorsehen, präzisiert und wirksam gemacht werden. Sie wünscht fernerhin, daß die wirtschaftliche Organisation des Völkerverbundes in einem besonderen Rat für internationale Kollektivwirtschaft umgewandelt werde und daß diese die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter hinzugezogen werden. Alle Konflikte, ohne Ausnahme, einschließlich der Interpretation und Durchführung der Friedensverträge müßten künftig einem obligatorischen Schiedsverfahren unterworfen werden, und es müßte ausdrücklich festgelegt werden, daß feindselige Aktionen nur in Abwehr eines Kampfes oder auf Grund eines besonderen Beschlusses des Völkerverbundes zulässig seien. Ein Staat, der nach der Ablehnung eines Schiedsverfahrens oder einer schiedsgerichtlichen Entscheidung keine Zustimmung zu einem Kriege nehmen würde, sei ohne weiteres als Aggressor zu betrachten. Angeregt wird weiter die Zusammenberufung einer Konferenz durch den Völkerverbund zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung.

Der dritte Absatz beschäftigt sich mit dem Genfer Protokoll und dem separaten Garantievertrag. Er erinnert an die auf den Kongressen der Organisationen in England, Belgien, Deutschland und Frankreich gefassten Entschlüsse, in denen die Außenpolitik zwischen den Mächten bestehenden Schwierigkeiten als Folge der Nichtannahme des Genfer Protokolls erklärt werden. Dies ist in Aussicht genommene separate Sicherheitsabkommen sei unvollkommen, denn es enthält keine feierliche Verpflichtung zu einer allgemeinen Abrüstung. Die Internationale verlangt, daß dieser Vertrag keine Geheimhaltung enthalte, daß die darin angegebenen Garantien auf Allgemeingültigkeit beruhen, daß er unter der Kontrolle des Völkerverbundes gestellt werden, und keine Fälle gegen eine andere Macht, oder eine Gegenpartei enthalte; denn es müßte unter allen Umständen vermieden werden, daß der eine oder andere Staat aus diesem Vertrag für sich das Recht ableiten könnte, eigenmächtig automatisch Sanktionen außerhalb der in der Satzung des Völkerverbundes vorgesehenen Fälle anzuwenden.

Da der von Deutschland vorgeschlagene Pakt in seiner ursprünglichen Form noch nicht vorliegt, muß die Internationale ein Urteil darüber enthalten. Die Resolution schlägt vor, daß sofort nach Veröffentlichung des endgültigen Textes Parteien der beteiligten Länder zusammen mit dem Garantievertrag zu einer Konferenz zusammenzutreten. Alle gegenwärtigen Schwierigkeiten könnten leicht überwunden werden, wenn Deutschland erst Mitglied des Völkerverbundes sei, dann Verletzungen des Friedensvertrages, die als feindselige Handlungen angesehen werden könnten, nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des Völkerverbundes konstatiert werden könnten. Auch die von Deutschland und Rußland gegen Art. 16 geltend gemachten Bedenken würden gegenstandslos werden, sobald beide Mächte dem Völkerverbund angehörten. Die Kommission hat außerdem eine Resolution zu den Verhandlungen in Warschau angenommen, die auf das härteste gegen das Blutvergießen protestiert, und von den beteiligten Mächten eine entscheidende Aktion zur Wiederherstellung des Friedens verlangt. Der Friede muß geschlossen werden auf der Grundlage der Anerkennung und der Unabhängigkeit des Rufs, der von Frankreich und Spanien bereits zugebilligt wurde, und die für die wirtschaftliche Entwicklung des Rufs unbedingt notwendig seien. Der neu zu gründende Staat Nordafrika soll unter die Kontrolle des Völkerverbundes gestellt werden.

Aus dem Freistaat Baden

Die badische Verordnung über Straffreiheit

Das Staatsministerium hat auf Grund des vom Landtag am 7. August 1925 beschlossenen Gesetzes über eine Ermächtigung zur Niederlegung anhängiger Strafverfahren in Anwendung des Art. 2 des Reichsvertrages über Straffreiheit eine Verordnung erlassen, die die Straffreiheit und den Strafnachlass bestimmt. Diese Verordnung lehnt sich grundsätzlich an die Reichsverordnung an, im wesentlichen geht sie jedoch über diese hinaus, indem sie einige Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Rechte, Soodperat, Geheimbünde, Landeserrat, sofern diese seit mittels öffentlicher Bekanntmachung begangen ist, und die damit in Zusammenhang stehenden Straftaten umfaßt, sowie die Straffreiheit auf eine Reihe weiterer Straftaten, wie unerlaubtes Waffenbesitz, Zuwiderhandlungen gegen die §§ 105-107 des Strafgesetzbuches (Verbrechen und Vergehen gegen die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte), Zuwiderhandlungen gegen die Verbote politischer Parteien und Vereine, ferner Zuwiderhandlungen politischer Natur gegen die Anzahl von Verordnungen des Reichspräsidenten auf Grund des § 48 der Reichsverfassung und ähnliche Bestimmungen, sowie vor allem Verfehlungen gegen die §§ 110, 111, 113, 115, 116 des Strafgesetzbuches (Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, Auflauf), §§ 123, 124, 125, 127, 130, 135 (Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung, insbesondere Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Wildschuß oder niedriger Gefährdung begangen worden sind), die Entführung über die Einzelanwanderer (siehe dem Justiz-

Von den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen

Reichsbahngehälter mehr als verdreifacht

Aber nur die des Direktoriums.

Um als „human und sozial“ denkender Arbeitgeber zu erscheinen, will die Verwaltung der Reichsbahn 30 Millionen Mark für Lohnerhöhungen bewilligen. Das wäre eine Erhöhung des Stundenlohnes von 2 1/2 Pfennig. Die Verwaltung ist sich der Tragweite dieser Verhöhung der Eisenbahner bewußt und rechnet bereits mit größeren Teilstreiks. Festgehalten sollte aber werden, daß die Reichsbahnverwaltung die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen anerkennt, für alle Arbeiter. Dies bestätigt Dr. Baumann, indem er sagt: „Angenommen, die Reichsbahn wäre finanziell in der Lage, die durch die Lohnforderung von 12 Pfennig pro Stunde entstehende Ausgabe von 144 Millionen decken zu können, so wäre es angebracht, diese Summe im Interesse der Lohnempfänger für eine Senkung der Frachttarife zu verwenden.“ (!) Dr. Baumann macht weiter den Vorschlag, daß das Reich (d. h. die Steuerzahler) die Ausgaben für Pensionäre und Wartegeldempfänger übernimmt, weil im Grunde genommen die Reichsbahnverwaltung mit diesen Lasten (soll heißen 300 000 Pensionären und Wartegeldempfängern) nichts zu tun habe! Nur dann sei die Reichsbahnverwaltung in der Lage, ein Entgegenkommen in der Befristung ihres Personals zu zeigen. Sie zieht nun, soweit die Löhne eine Rolle spielen, die Metalle, die hemishe und die Textilindustrie heran, zur Rechtfertigung ihrer Haltung gegen eine allgemeine Lohnerhöhung. Wir sehen hier von einer Unterfuchung der Frage ab, ob denn die hohen Gehälter des letzten Verwaltungsrates gerechtfertigt sind. Es genügt die Feststellung, daß der gesamte Verwaltungsrat an Einkommen 952 000 Mark bezieht, und seine sieben Direktionsmitglieder je 60 000 Mark pro Jahr. Also 420 000 Mark für das Direktorium allein, gegen 124 000 Mark vor der Privatferierung.

Da u. a. auf die Konjunkturschwankungen verwiesen wird, der die Reichsbahn unterworfen ist, die Reichsbahn sich zu einem Konjunkturbetrieb entwickelt hat, kann großen Teilen des Personals die Berechtigung nicht bestritten werden, auch sogenannte Konjunkturlöhne zu beantragen. Die Verwaltung erkennt jedoch bei der Lohnbestimmung diesen Entwidlungsansatz nicht an. Die tüchtigen Handwerker und Arbeiter verlassen daher fluchtartig den Reichsbahnbetrieb. Das hat man denn auch, wider Willen, bereits eingesehen.

Bewerten wir bei den Konjunkturbetrieben, die von der Verwaltung immer wieder bei Lohnverhandlungen herangezogen werden. Die Löhne in diesen Betrieben betragen im Mai 1925 in Berlin: Maurer 115 $\frac{1}{2}$, Bauhilfsarbeiter 90 $\frac{1}{2}$, Stuckateure 145 $\frac{1}{2}$, Zimmerer 115 $\frac{1}{2}$, Maler 115 $\frac{1}{2}$, Steinmetz 125 $\frac{1}{2}$, Brauereiarbeiter 89 $\frac{1}{2}$, Metallarbeiter 120 $\frac{1}{2}$, Buchbinder 96 $\frac{1}{2}$, Buchdrucker 96 $\frac{1}{2}$, Tischler 95 $\frac{1}{2}$, Wärtcher 110 $\frac{1}{2}$, Schneider 95 $\frac{1}{2}$, Bäcker 89 $\frac{1}{2}$. Ist also die Reichsbahn wie ausgegeben, Konjunkturlöhne, haben mitbin große Teile der Eisenbahner keine gesicherte Existenz, dann sind auch die vorstehenden Löhne zum Vergleich heranzuziehen. Hierzuland kommt, daß die Verwaltung sich ab Mai sich außerordentlich freigibt. Doch die Verwaltung hat Geld wie Heu. Nach dem bekannten Verteilungsschlüssel erhalten 55 Mill. Mark, 1200 höhere Beamte und 14 Millionen Mark 60 000, leitungsabhängige Beamte niedriger Gruppen, zu dem Zweck, den Personalabbau in rigoroser Weise durchzuführen. Diese auf sogenannte „Leistungszulage“ eingestellte Ausgabe hätte genügt, für eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 1/2 Pfennig der hunderttausend Eisenbahner unter Zugrundelegung von 144 Millionen bei einer Lohnerhöhung von 12 Pfennig pro Stunde. Die Reichsbahn kann, also muß sie die Löhne erhöhen.

buches, sofern diese Delikte durch oder bei öffentlichen Kundgebungen im politischen oder wirtschaftlichen Kampfe begangen sind. Hierdurch ist die Mäßigkeit gefordert, die Personen, die sich unter dem Einfluß politischer Erregung oder wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu strafbaren Ausschreitungen bei Demonstrationen haben hinreißen lassen, zu amnestieren. Von Wichtigkeit ist die Bestimmung der Verordnung, daß von der Straffreiheit aus diejenigen Zuwiderhandlungen umfaßt werden, die mit den einzel aufgeführten Straftaten in Zusammenhang stehen. Hierbei ist unter Zusammenhang nicht etwa der prozessuale, sondern der ursächliche Zusammenhang zu verstehen. Dieser Begriff soll, wie überhaupt die sämtlichen Bestimmungen der Verordnung, nicht engherzig ausgelegt werden und auch solche Handlungen umfassen, die durch die namentlich aufgeführten Delikte bloß bedingt oder auch nur durch sie ausgelöst worden sind.

Die bei den badischen Gerichten und Staatsanwaltschaften wegen der beschriebenen Zuwiderhandlungen anhängigen Strafverfahren werden niedergelegt. Gleichseitig werden die von badischen Strafgerichten wegen der beschriebenen Zuwiderhandlungen vor dem Inkrafttreten der Verordnung rechtskräftig verhängten und noch nicht verbüßten Strafen erlassen, wenn sie über der noch nicht verbüßte Straftat in Geldstrafe allein oder in Haft oder Festungshaft bis zu zwei Jahren oder Gefängnis bis zu zwei Jahren allein oder in einer dieser Freiheitsstrafen neben Geldstrafe bestehen. Uebrigens ist die noch zu verbüßende Festungshaft oder Gefängnisstrafe die Dauer von zwei Jahren, so wird sie um 2 Jahre gekürzt. Der Straferlass bezieht sich auch auf Nebenstrafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und auf rückständige Kosten. Ist auf Einziehung erkannt, so behält es dabei sein Bewenden.

Ausgenommen von der Niederlegung und dem Straferlass sind die Personen, die zur Durchführung der Straftaten oder im Zusammenhang damit ein Verbrechen gegen das Leben, ein Verbrechen der schweren Körperverletzung, des schweren Raubs, der Brandstiftung, der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahntransports oder ein Verbrechen gegen den § 221 Absatz 2 des Strafgesetzbuches oder ein Sprengstoffverbrechen im Sinne der §§ 5, 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes begangen haben, ferner rückständige Hochverräter. Ausgeschlossen sind Personen, die ausschließlich aus Rohheit, Egoismus oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen gehandelt haben. Verfehlungen anderer als politischer Art sind in der Verordnung wegen der Schwierigkeit ihrer bestimmten Angrenzung nicht aufgenommen worden. Der Justizminister hat jedoch in die Anordnungen zur Durchführung der Verordnung eine Bestimmung aufgenommen, wonach in den Fällen, in denen rechtskräftig erkannte Strafen von dem Strafnachlass nicht betroffen werden, in eine Prüfung darüber einzutreten werden soll, ob durch Einzelanwanderer ein Nachlass oder eine Milderung angezeigt erscheint. In Betracht kommen Beurteilungen wegen Straftaten, die nachweisbar oder überwiegend unter dem Druck der allgemeinen Not, wie sie durch die Verhältnisse der letzten Jahre verursacht war, aber nicht aus Gewinnlust oder niedriger Gefährdung begangen worden sind. Die Entschreibung über die Einzelanwanderer steht dem Justiz-

Neue Verhandlungen im oberbayerischen Kohlenbergbau

München, 27. August. (Eig. Bericht.) Für den oberbayerischen Kohlenbergbau fanden am Donnerstag vor dem Landes-schlichter Verhandlungen über die Forderung der Gewerkschaften auf eine Lohnerhöhung von 25 Prozent statt. Der Schieds-spruch ging jedoch dahin, daß „mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage im oberbayerischen Kohlenbergbau“ von einer Lohnerhöhung abgesehen wird und daß im September die bisherige Lohnregelung in Geltung bleibt. Für Ende September sind neue Verhandlungen vorgesehen.

Lohnbewegung in den Bock-Werken

In Betriebsversammlungen der Bockwerke in Stuttgart und Feuerbach wurde über das Ergebnis von Lohnverhandlungen mit der Geschäftsleitung berichtet, wobei die Geschäftsleitung in der Lohnfrage einen scharf ablehnenden Standpunkt einnahm. In einer von den Belegschaften angenommenen Entschliessung wird erwartet, daß die Firma erneut einen Verhandlungstermin ansetzt, um zusammen mit der Betriebsvertretung die Lohnfrage zu reueln. Für den Fall weiterer Ablehnung wird der Betriebsrat beauftragt, zusammen mit der gewerkschaftlichen Organisation die weiteren Maßnahmen zu beschließen.

Von den Zeiß-Werken

Weimar, 27. August. (Eig. Bericht.) Die Urabstimmung in den Zeiß-Werken und bei der Firma Schott u. Co. in Jena hatte folgendes Ergebnis: Für den Streit stimmten bei Zeiß 77 Prozent der Organisierten und 60 Prozent der Unorganisierten. Bei Schott stimmten 60 Prozent der Organisierten und 51 Prozent der Unorganisierten für den Streit. Eine am Montag stattfindende Gewerkschaftsversammlung wird über den Abschluß der Bewegung beschließen.

Weitere Entlassungen

Köln, 28. August. (Eig. Bericht.) Auf der Grube „Concordia Nord“ im Kreise Euskirchen wurden 69 Arbeiter gekündigt. Ebenso erhielten auf Grube „Hubertus“ 75 Arbeiter ihre Kündigung. Diese Massenkündigungen haben berechtigterweise in der Bevölkerung große Besorgnis hervorgerufen. Scheint doch das Vorhaben der Unternehmer um so unverständlicher, wenn man bedenkt, daß die Braunkohlenarbeiten einen geradezu hervorragenden Absatz zu verzeichnen haben.

Steigende Erwerbslosenziffer

Berlin, 28. August. Vom 1. bis 15. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenziffer von 197 000 auf 208 000, d. h. um rund 5 1/2 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 175 000 auf 186 000 erhöht, während die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger keine Erhöhung aufweist. Die Zahl der Zuschlagsempfänger unterstützungsberechtigter Angehöriger von Hauptunterstützungsempfängern ist von 251 000 auf 265 000 gestiegen.

Aus der sächsisch-thüringischen Textilindustrie

Leipzig, 28. August. Eine stark besuchte Funktionärerversammlung der Textilarbeiter aus Mittel- und Westsachsen, sowie der thüringischen Textilindustrie nahm heute Stellung zu dem am 25. August vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 10 Prozent vorseht. Die Konferenz lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab, so daß ein Kampf nunmehr unvermeidlich erscheint.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Erlangen. Zur Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am nächsten Sonntag, 6. September sind die nötigen Vorbereitungen getroffen. Zum Festsaal sammelt sich die Ortsgruppe um 1 1/2 Uhr am Exerzierplatz, von wo sich der Zug durch die Rheins-, Badener- und Leonoldstraße bis zur Post bewegt. Hier wendet er sich durch die Friedrich- und Kanalstraße zum Kirchenplatz ums Rathaus und bezieht sich dann durch die Kronen- und Florheimerstraße zum Park Walfeld. Der Marsch der Reichsbannerkameraden durch die Straßen der Stadt soll zeigen, daß es ihrer viele sind, die unentwegt an der republikanischen Verfassung festhalten. Sie führen darum auch deren Farben Schwarz-Rot-Gold in Fahnen und Abzeichen. Darum sollen auch die Straßen reichlichen Fahnen Schmuck tragen. Es wird gebeten, auch diejenigen Straßen zu beflaggen, die der Zug nicht berührt. Zum Begrüßen durch Zuwinken sind kleine Papierfähnen bestellt, die an diesem Tage von Mädchen in den Straßen für 10 $\frac{1}{2}$ verkauft werden. Einschlägige Geschäfte haben sich billiges Fahnenmuth (Schwarz-Rot-Gold an einem Stück) angelegt. Es dürfte sich empfehlen, alsbald das erforderliche Stück zu sichern. Die Parole zum Reichsbannerzug Erlangen muß heißen: Eine Reichsfahne an jedes Haus!

Dreifasschen der Redaktion

Nr. 100. Frage 1: 1. April 1920. 2: etwa 350 M. Es kommt auf die Zahl der Dienstjahre an. 3: im allgemeinen durch Postkassens an den Wohnort. 4: die Pension kann gepfändet werden, auch rückwirkend, wenn die Unterhaltungs-kasse beim Amtsgericht erfolgt ist.

B. Söllingen. Sie müssen beim zuständigen Amtsgericht Vermögensfrage erheben unter Schilderung der Vermögensverhältnisse. Unseres Erachtens dürfte, wie der Sachverhalt liegt, die Vermögensfrage erfolgen, ohne daß Erlaß da ist.

N. S. 100. 1. Ja, die Scheine sind noch gültig, werden aber ab 1. September durch neue ersetzt. Jede Bank nimmt die Scheine in Zahlung. Scheine unter 1000 Kronen werden tunlichst vor dem 1. September einzulösen sein. Zurück sind 10 000 Kronen = 1 Schilling. 2. Nein, wer nicht einkommensteuerpflichtig ist, hat auch keine Kirchensteuer aus Einkommen zu zahlen. Der Zettel wäre dem Kirchensteuererheber zurückzugeben. Lohnsteuerpflichtige sind dagegen Kirchensteuerpflichtig.

E. A. in Sp. Ein Beschluß, daß von der Kirchensteuer 1925/26 nur $\frac{1}{4}$ zu erheben sei, wurde vom Landtag nie gefaßt. Dagegen wurde gewünscht, daß die Kirchensteuer aus Grund- und Betriebsvermögen nicht mehr als $\frac{1}{4}$ der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer betragen soll. In dieser Höhe etwa fällt sie sich 1925/26.

Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hielt am Sonntag, den 23. August in Offenbura seine erste Bezirkskonferenz ab, welche aus allen Teilen Badens sehr stark besucht war. Galt es doch, den am 26. und 27. Juni ds. Js. in Köln gegründeten Einheitsverband, welcher sich aus dem ehemaligen Deutschen Eisenbahnerverband und der ehemaligen Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter zusammensetzt, die tatungsmäßige Leitung für den Bezirk Baden zu geben. Bezirksleiter Schneider betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß ein vieljähriger Wunsch der Eisenbahner mit der Gründung des Einheitsverbandes in Erfüllung gegangen ist. Den Höhepunkt der Tagung bildete das Referat des Kollegen Zahn, Vorstandsmittglied aus Berlin. In fertigen Worten ging er auf die Zweckmäßigkeit der Einheitsorganisation ein, welche Beamte und Arbeiter zusammengeführt hat. Das Kapital — ja sogar das internationale Kapital — sei heute der Arbeitgeber der Eisenbahner. Deshalb müssen die Funktionäre ihre gewerkschaftliche Tätigkeit dementsprechend einstellen. Standesdünkel und sonstiger Kleinverstand, der bei so verschiedenen Eisenbahnerverbänden wieder geübt wird, sind bedauerliche Erscheinungen, besonders in einer Zeit, wo die Reichsbahndirektionen des Personals während Entrechtungen und Brotlosmachungen des Personals vornimmt. Der Eisenbahner müsse über seine Sachgründe hinausgehen und sich in den allgemeinen Wirtschaftskampf, der zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten werden muß, hineinziehen. Die Anträge auf Gehaltserhöhungen für die Beamten der unteren Befoldungsgruppen von 12 auf 20 Prozent sind von den Regierungsparteien im Reichstag reiflos abgelehnt worden. Die Beamten müssen sich bei den Herrschaften bedanken, die ihnen bei der letzten Wahl soviel versprochen und nichts gehalten haben. Die Lohnverhandlungen für die Eisenbahnarbeiter seien auf Grund der ablehnenden Haltung der Reichsbahngesellschaft gescheitert. Es sei geradezu ein Hohn, wenn man von oben versucht, die Arbeiter und Beamten mit der von der Regierung geplanten Preisentlastungsaktion zu vertreiben, nachdem dieselbe Regierung in demselben Augenblick den Vollzug der neuen Zollvorlage und Steuererhöhungen durchgeföhrt, die eine ganz wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung mit sich bringt. Die großen und kleinen Kapitalmächte aller Unternehmerkreise seien heute die Tonangebenden in der Regierung, mit der Parole: nach unten längere Arbeitszeit und kleiner Lohn, nach oben mehr Profit. Die Reparationslasten sollen die Armeen der Armen aufbringen und darunter trifft es auch besonders die Eisenbahner wieder am härtesten. Mit einem fröhlichen Appell, als einziges Gegenmittel für den gewerkschaftlichen Aufbau und Erweiterung der Organisation Sorge zu tragen, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall gemachten Ausführungen.

Bezirksleiter Schneider gab anschließend ein Vortrag über die künftige Arbeit in der Bezirksleitung und den Ortsvereinigungen. In trefflichen Ausführungen gab der Redner den Konferenzteilnehmern die Leitlinie bekannt, welche zur Lösung der Aufgaben die sich der Einheitsverband zur Interessenvertretung seiner Mitglieder gestellt hat, notwendig sind. Großer Wert sei auf enge Zusammenarbeiten mit den im Kartellvertrag angeschlossenen Verbänden zu legen, weil die Arbeiterbewegung und dazu gehört auch die Reichsbahn-Aktion-Gesellschaft, ein einheitlich geschlossenes Ganzes darstellen.

Bezirkssekretär Heini sprach als dritter Redner über die Gliederung und Arbeitseinteilung für die Interessensvertretung der Gehaltsempfänger im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Die Entwicklung der ehemaligen Reichsgewerkschaft habe gezeigt, daß trotz der jahrelangen gewerkschaftlichen Absonderung der Beamten von den Arbeitern die Beamtenentrechtungen durchgeführt worden sind. Klugheits haben die Beamten der oberen Gruppen in der Zeit der Not mit Unteren im Stiche gelassen, und wurden am 1. Juni 1924 mit 71 Prozent Gehaltserhöhung belohnt, während man die Unteren mit 17 Prozent abpreiße. Der ganze Abbau sei hauptsächlich auf Kosten der unteren Beamten gegangen. Hier müsse Einhalt geboten werden, dazu brauche man aber eine starke Rückendeckung. Nachdem die Beamten der Befoldungsgruppe 1-7 von den Oberen im Stiche gelassen wurden, müssen sie die Hilfe bei dieser Kampfgruppe suchen, wo sie herangezogen sei, bei der Arbeiterchaft. Im weiteren gab der Redner

die Einteilung der Arbeit der einzelnen Beamtenfachgruppen bekannt.

In der anschließenden Diskussion wurde der Zusammenbau allgemein begrüßt, auch mit dem gewerkschaftlichen Aufbau der Zwei-Säulentheorie und dem Programm war man einverstanden. Scharf wurde in der Aussprache ganz besonders die ablehnende Haltung der Reichsbahngesellschaft bei den Lohnverhandlungen kritisiert. Die Erregung und Stimmung unter der Arbeiterchaft sei groß und es habe den Anschein, als treibe man von der reaktionären Seite die Arbeiter absichtlich in einen Verzweiflungskampf hinein.

Nachstehende Entschlüsse sind am Schlusse der Diskussion einstimmig angenommen:

Die am 23. August in Offenbura tagende erste Konferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands — Bezirk Baden — nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem, durch die Schuld der Reichsbahngesellschaft verursachten Scheitern der Lohnverhandlungen. Sie stellt sich einmütig hinter die Forderungen der Gewerkschaften und billigt ausdrücklich deren Stellungnahme. Sie empfindet die Worte des Reichsbahndirektors Trampbach: „Die Lohnpolitik der Reichsbahn sei sozial und wirtschaftlich als Hohn und Beschimpfung der gesamten Eisenbahnbediensteten.“

Die Versammelten sind trotzdem gewillt, vorläufig alles zu tun und zu unterlassen, was zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise beitragen könnte. Aus dieser Einstellung heraus fordert sie von dem anercueneren Schlichter weitgehendsten Entgegenkommen auf die, durch die ungeheure Not geborenen Forderungen der Gewerkschaften. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus einer entsageneckten Haltung ergeben sollten, lehnen die Eisenbahner ausdrücklich ab. Sie geloben, in der wirtschaftlichen Disziplin nur den Anweisungen ihrer Organisation Folge zu leisten und erwarten von ihr nach wie vor energische Vertretung ihrer Lebensinteressen.

Die Konferenz fordert: 1. Eine allgemeine, den Teuerungsvorhältnissen entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhung, Beseitigung der unhaltbaren Spannungen. 2. Beseitigung der 3 Wirtschaftskategorie. 3. Aufrechterhaltung und Verbesserung der an sich wenigen Beamtenrechte, sowie der sozialen Einrichtungen der Arbeiterchaft.

Die notwendigen Wahlen in den Verbands- und Bezirksvereine wurden einstimmig getätigt.

Kollege Bahner's Freiburg, richtete noch einen kurzen kräftigen Appell zur Beseitigung an den Rententassenvertreterwahlen.

Kollege Schneider konnte am Schlusse den guten gewerkschaftlich hochstehenden Verlauf als ein günstiges Zeichen für die Weiterentwicklung des Einheitsverbandes feststellen.

Kleine Nachrichten

Triert, 28. August. In Hochwald breitet sich die Typhusepidemie weiter aus. Nachdem im Vermesseiler Krankenhaus bereits über 20 Personen untergebracht worden waren, mühen 50 weitere Erkrankte in Privatwohnungen isoliert werden. Auch in der Gegend von Merzig brach eine Typhusepidemie durch die Anwesenheit einer Mutter aus, die ihr an Unterleibschmerz erkranktes Kind nicht ins Krankenhaus geben wollte. Durch das Kind wurde die ganze Familie und die Nachbarschaft angesteht. Ueber den Ort ist die Sperre verhängt worden.

Spandau, 29. August. In den ausgedehnten Räumen der Chemischen Rohmaterialien-Gesellschaft Rund u. Co. brach heute nacht ein Großfeuer aus. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, die immer wieder emporlodenden Flammen auf das Fabrikgrundstück zu beschränken. Ein Feuerwehrmann erlitt durch einen herabstürzenden Schornsteinaufsatz, der das Dach durchschlug, schwere Verletzungen; mehrere Feuerwehrleute und Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Schaden soll erheblich sein. Der Brand ist, wie es heißt, durch Überhitzung eines Teerofens mit 10 000 Kilo Inhalt entstanden.

Dorshausen, 28. August. Hier sind bisher 40 Typhuserkrankungen und einige Todesfälle zu verzeichnen.

Berlin, 29. August. Durch die Schmir eines Kinderdragens, die sich in die Hochspannungsdrähte der Fernstromleitung Golpa-Berlin verfangen hatte, entstand in Mariendorf bei Berlin Kurzschluß. Die Drähte fielen auf die Erde. Die Fernstromleitung Golpa-Berlin wurde unterbrochen, wodurch

die Reichshauptstadt von sieben Uhr abends ab ohne Strom war. Erst gegen 9 Uhr konnte wieder Elektrizität ausgeföhrt werden.

Berlin, 29. August. Die Typhusepidemie in Hanau hat gestern ein 13. Todesopfer geföhrt.

Berlin, 28. August. Meldungen aus Hanau zufolge hat die Polizei umfangreiche Eisenbahndiebstähle auf der Bahnstrecke Hanau-Fulda festgehalten. Bei einer Wohnungsburchsuchung wurde ein großes Lager geföhnter Eisenbahnmaterialien aufgefunden, zu dessen Verschaffung ein Verbrechen nötig war. Auch in einem Abode wurde ein großes Lager geföhnter Güter entdeckt. Zwei der Haupttäter sind verhaftet worden.

Berlin, 28. August. Vor dem Kurhaus in Reichenhollitz das Auto des Kammerjägners Josef Schwarz mit einem ungarischen Kraftwagen zusammen. Schwarz und seine Gemahlin erlitten mehrere Verletzungen und wurden ins Kurhaus gebracht.

Berlin, 28. August. In Landsberg a. d. Warthe wurde ein junger Mann von einer Wespe in die Lippe und in die Junge gestochen. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe verstarb er unter großen Schmerzen an Blutergüssen.

Siegen, 28. August. Auf dem Wauersee ist gestern abend ein Segelboot kentert. Die Insassen, vier Personen, ertranken, und zwar eine Frau Berger aus dem Rheinland, ein Student Franke, ein Elektrotechniker Pantroz und ein Gartenarchitekt Schulz, sämtlich aus Löhen.

Kauterbunnen, 28. August. Der Bergführer K. Wilmen fand auf dem Wege nach dem Petersgrat die Leichen von drei Bergsteigern, die am Mittwoch von der Teili-Alp (Kochschental, Ranton Wallis) herübergekommen waren und einem Schneesturm zum Opfer gefallen sind. Nach einem aufgetauenen Tagelager heist einer der verunglückten Richard Müller aus Leisgia. Die beiden anderen sind noch nicht identifiziert. Die Leichen lagen eine halbe Stunde oberhalb der Mutterhorshütte und waren vom Schnee fast ganz saadect.

Wien, 28. August. Infolge des Unwetters in den Nordalpen führt die Donau Hochwasser. Der Pegelstand war heute nacht 3,1 über Normal. Für heute ist eine Steigung auf 3,4 zu erwarten. Die oberösterreichischen Nebenflüsse der Donau beginnen zu fallen.

Rom, 28. August. Die Blätter melden aus Triest ein sehr schweres Unwetter. Das Dorf Portole ist fast gänzlich zerstört. Auch zahlreiches Vieh ist durch Gewitter umgetommen. Die Telefon- und Telegrafleitungen sind unterbrochen, Wein- und Getreideernte vernichtet. Der Schaden wird auf insgesamt eine halbe Million Lire geschätzt.

Durch schwere Stürme wurden in Vola mehrere Schiffe beschädigt. Die Schifffahrt war mehrere Stunden unterbrochen. Ein Bauer in der Umgegend von Piacenza, der bei der Arbeit vom Unwetter überfallen wurde, ist vom Blitz erschlagen worden.

Rom, 28. August. „Mondo“ meldet aus Novara, daß auf dem dortigen Flugplatz ein junger Fliegerlieutenant während eines Instruktionsfluges infolge eines falschen Manövers abstürzte und tot liegen blieb. Ferner stürzte ein Doppeldecker des Typs Ansaldo bei Guneo ab. Beide Insassen kamen aber unversehrt davon.

Warschau. Zwischen Sabitorz und Komogrod in Polen wurden ein mit Personen und Beamten der Sowjetrepublik beladene Auto von Banditen überfallen. 10 der Insassen des Kraftwagens wurden getötet. Die anderen wurden schwer verletzt. Alle Insassen wurden beraubt. Sowjetrussisches Militär nahm später die Verfolgung der Räuber auf, die in ein Dorf geflüchtet waren. Das Dorf wurde von den Truppen gestürmt und in Brand gesteckt. Mehrere Banditen wurden verhaftet.

	28. August	27. August	26. August
Amsterdam 100 G.	169.04	169.46	169.02
Stalien 100 £	15.77	15.81	15.725
London 1 Pf.	20.372	20.424	20.374
Berlin 1 M.	4.195	4.205	4.195
Bras 100 Kr.	19.71	19.75	19.73
Brag 100 Kr.	12.43	12.47	12.47
Schweiz 100 Fr.	81.27	81.47	81.30
Spanien 100 Pes.	60.32	60.48	60.32
Estadholm 100 Kr.	112.63	112.91	112.63
Wien 100 Schilling	50.12	50.26	50.12

Möbel



liefert in solid. Ausführung sehr preiswert

Möbelhaus M. Kahn

Waldstr. 22, neben Colosseum.

Gegründet 1875 Gegründet 1875

Franko Lieferung! Jahrelange Garantie!

Tollzahlung gestattet! 4766

Geschäfts-Eröffnung!

Habe mein Manufakturwaren- u. Ausstattungsgeschäft von Ladenburg nach

Karlsruhe, Adlerstr. 36

verlegt und eröffne dasselbe am 1. Sept. 1925

Wie bekannt, führe ich nur beste Stoffe und sichere bei grösster Auswahl billigste Preise und reelle Bedienung zu.

Hochachtungsvoll

S. Richard

Telefon 3202

NACH SUDAMERIKA



Vorzügliche Reisegelegenheit mit den beiden großen neuen Doppelschrauben-Schnellmotorschiffen

MONTE SARMIENTO MONTE OLIVIA

Einheitsklasse dritter Klasse mit großen luftigen Kabinen, Gesellschaftsalen, Raucher-, Schreib- und Lesezimmer, zwei Speisellen. Gute Gelegenheiten für Erholungs- und Studienreisen. Fahrpreis Hamburg-Südamerika etwa 400 Goldmark. Man fordere Fahrpläne und Drucksachen bei

HAMBURG-SUD

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft
HAMBURG, HOLLBRÜCKE 8, BEIM HOPFENMARKT 1007

Karlsruhe, Reisebüro Karlsruhe A.G., Kaiserstr. 158
Bruchsal, Max Vogel, Durlacherstrasse 6
Pforzheim, Hermann Göhringer, im Rathaus.

Küchen-Büfetts

große auch als Waren- u. Wirtschaftsschänke passend, kl. Schrank, Ablauftisch mit Zink beschlagen, Tische und Stühle, 6 H. Gashed gut erhalten, aus einem Herrschaftshaus billig abzugeben. Feederle, Durlacherallee 68, Tel. 2040

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Kleine badische Chronik

St. Gallen, 28. August. Brand. Gestern mittags lag in dem Delonietgebäude des Curat Zimmerer Feuer aus, dem sämtliche Getreide- und Futtermittel mit dem Gebäude zum Opfer fielen. Das Vieh konnte durch Nachbarsleute, welche den Brand zuerst bemerkten, gerettet werden. Das anschließende Wohnhaus wurde durch das Feuer gleichfalls erdbeblich in Mitleidenschaft gezogen.

Durmersheim, 28. August. Gemeinderatswahl. Vor etwa vier Monaten hatte der frühere Gemeinderat wegen Differenzen (Gehaltsregelung der Gemeindebeamten) demissioniert. Seitdem entbehrte die Gemeinde der wichtigsten Verwaltungsinstanz. Heute trat nun der Bürgerausschuß zusammen, um die der Gemeinde verantwortliche Körperschaft, den Gemeinderat zu wählen. Es wurde nur eine Liste aufgestellt. 54 Stimmen wurden abgegeben, die zur Gültigkeit der Wahl genügt.

Wiesbaden, 27. Aug. Hier führte ein Witwer in der Barstraße nachts die Treppe hinunter und zog sich so schwere Kopfverletzungen zu, daß er an ihnen starb.

Schwellingen, 28. Aug. Zwei Handwerksburschen, ein 20 Jahre alter Fabrikarbeiter aus Hohenheim und ein gleichaltriger Schuhmachergeselle aus Sachsen, begaben sich miteinander auf die Wanderschaft. Im Waldorfer Wald überfiel der Hohenheimer den Sachsen und brachte ihm durch Schläge mit einem starken Pringel schwere Verletzungen zu. Dem Überfallenen gelang es schließlich, sich seines Angreifers zu erwehren und zu flüchten. Die Verletzungen sind so erheblich, daß er ins Schwelinger Krankenhaus verbracht werden mußte. Der Räuber konnte noch gestern Abend von einem Gendarm in Ostersheim verhaftet werden. Der überfallene Handwerksbursche hatte nur einige Reichsmark im Besitz, die ihm sein Beleidiger rauben wollte, und um deren Willen er wahrscheinlich einen Mord begangen hätte.

Weinheim, 28. August. Am Mittwochabend führte der verheiratete 42 Jahre alte Gastwirt Jakob Kubig in finsternen Umständen von der Veranda seines Hauses in den Hof und war auf der Stelle tot. Kubig hatte mit seinen Meistern Streit gehabt und betrank sich im Aegerer in sinnloser Weise. Er mußte sich dann übergeben und lehnte sich zu weit über das Geländer der Veranda, so daß er das Gleichgewicht verlor und abstürzte. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Wahr, 27. Aug. Die Stadt Wahr wird am Sonntag, den 30. September ebenfalls einen Fluttag veranstalten. Auch hier werden die betannten Kunstflieger Rabenstein und Daal Schau-, Kunst- und Passagierflüge ausführen.

Wageningen, 28. August. Tödlicher Unfall. Der in den zwanziger Jahren lebende Bergmann Otto Kiemme, der aus dem Braunschweigischen stammt, stürzte gestern Abend zwischen 5 und 6 Uhr im Kaltschicht 2 von der Mauerbühne etwa 40 Meter tief auf die Schachthölle ab und war sofort tot.

Süßenhardt bei Mosbach, 28. August. Beim Baden im Redarmühlbach ertrank der Sohn des Oberbachmanns Guder. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht aufgefunden werden.

Bundorf, 28. August. Der als vermisst gemeldete frühere Geschäftsführer des Badischen Bauvereins A. Steuerer wurde in Mannheim festgenommen.

Schiltach, 28. August. In einer hiesigen Tuchfabrik brachte ein junger Arbeiter den linken Arm in die Maschine, so daß dessen Amputation notwendig wurde.

Sommerau, 27. Aug. Die kürzlich beim Flug von Darmstadt zum Schauliegen in Billingen bei Sommerau in Bodennebel geratenen und bei der Notlandung verletzten Darmstädter Flieger sehen ihrer Wiederherstellung entgegen und können Ende der Woche das Krankenhaus in St. Georgen verlassen und nach Darmstadt zurückkehren.

Aus der Salentruer-Dunkelkammer

Aufklärung tut not!

Man schreibt der „Mannheimer Volksstimme“:

Daß auch die und da in Mannheim die Salentruer öffentlich auftreten, dürfte dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen sein. Sollen wir hier an die Fahndungsjahre im Vorjahre erinnern, an die Besetzung des Ludwigs Frank Denkmals, wobei die Ermittlung der Täter anscheinend noch immer auf sich warten läßt, oder an das mehr als sonderbare Verhalten der Schupo, das vor einigen Tagen an dieser Stelle öffentlich gerügt wurde? Wohl haben wir hier noch äußerlich Ruhe und Ordnung, aber unter der Oberfläche scheint schon ein Unruheherd in Bildung begriffen zu sein. Es ist wohl nicht verwunderlich, daß zur Zeit des Verfassungstages an mehreren Stellen im Reich die Rechtsorganisationen eine besonders emsige Tätigkeit an den Tag legen; der von einer Stelle ausübende Befehl zur „Aktivität“ dürfte kaum mehr abzuleugnen sein. So war auch in Mannheim um diese Zeit die Schär um Hitter besonders reger. Es geht hier in letzter Zeit manches vor sich, was mit Ruhe und Ordnung verträglich wenig zu tun hat, und wie schon so oft, sind halbwegsige Burschen besonders am Werke; die Hintermänner verstehen es außerordentlich gut, sich im Dunkeln zu verbergen. Daß die Frontationen von „oben“ befohlen sind und prompt durchgeführt werden, ist offenes Geheimnis; daß die Befestigungen besonders jener Leute, die durch das Abweichen ihre Zugehörigkeit zum „Reichsbanner“ darzulegen, immer größeren Umfang annehmen, dürfte zu denken Anlaß geben. Der Befehl der aktiven Waffen wird eben verschwiegen aufgefacht. Besteht sich, daß die schwarz-weiß-roten Burschen Ränner nicht man selten oder gar nicht) nur in größeren Trümpfen ihren „Mut“ beweisen, einzeln angetroffen, sind sie aber die Unschuldslämmer. Am Vorabend des Verfassungstages waren die Burschen besonders in „ihrem“ Bezirk, in der Nähe ihres Stammtisches, dem „Deutschen Ed“ (Zsh. Rewert),

11 5, 1, tätig, und die Bewaffnung war durch Dolch und Revolver (!) noch verstärkt. Es mag dies etwas übertrieben klingen, aber einer jener Mannen bestätigte im Brustton der Ueberzeugung diese Angaben und fügte stolz hinzu daß die Revolver im „Deutschen Ed“ verkauft würden!

Wir fragen: Ist es wahr, daß ein derartiges Treiben in Mannheim überhaupt möglich ist? Ist es den Behörden bisher unbekannt geblieben, daß durch derartiges Auftreten die Ruhe und Ordnung in größtmöglicher Weise gefährdet wird? Von wem stammen diese im „Deutschen Ed“ verkauften Revolver, wer ist der Verkäufer? Die Öffentlichkeit hat ein starkes Interesse daran, Aufklärung über diese Fragen zu erhalten.

Damit nicht genug: In letzter Zeit ist es mehrfach beobachtet worden, daß bei Ausmärschen der Rechtsorganisationen die „Führer“ mit untergeordnetem Degen ausrücken. Wir fragen darum: Ist es wahr, daß am 2. Pfingstfesttag die hiesigen „Nationalisten“ von einer Feier in Schönau kommend, 5-6 Degen mit sich führten? Ist es wahr, daß ein Polizeibeamter, der aufgefordert wurde, die Degen zu konfiszieren, sich entzogen, und erst auf Befehl des auf dem Polizeirevier dann einem älteren Mann ein Degen abgenommen wurde? Ist es wahr, daß tags darauf dieser Degen wieder ausgeschändet und triumphierend durch die Schwelingerstadt getragen wurde? Wenn bisher geschwiegen wurde, so in der Annahme, es handle sich um Einzelfälle. Da das Auftreten der Rechtsorganisationen immer dreister und frecher wird, ist eine Klärung notwendig geworden.

Karlsruher Polizeibericht vom 29. August

Ein Zusammenstoß zwischen einem Personauto und einem Radfahrer erfolgte gestern vormittags Ecke Gartenstraße und Beierheimer Allee. Der Radfahrer wurde zu Boden gemorfen und leicht verletzt. Im Neuen Vinzenzhaus wurde ihm ärztliche Hilfe zuteil. Das Fahrrad wurde stark beschädigt.

Fischerherben in der Alb. Gestern wurde beobachtet, daß in der Alb beim Stauwehr der Appenmühle zahlreiche tote Fische herumtriebren. Anscheinend gingen dieselben durch Einleitung schädlicher Stoffe in die Alb zugrunde. Untersuchung ist eingeleitet.

Brand. Am 25. d. Monats abends geriet vermutlich durch ein brennendes Streichholz in einer Manfarge der Schwabenstraße ein Bett in Brand. Das Feuer, durch das das Bett stark beschädigt wurde, konnte vom Wohnungsinhaber gelöscht werden.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 30. August: Nur zeitweise leicht bewölkt, meist trocken, wärmer, gegen Abend frischweiche Wärmegewitter.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 231, gest. 6; Rehl 327, gest. 15; Maxau 501, gest. 1; Mannheim 394, gest. 33 Zentimeter.

Preiswertes Angebot solange Vorrat

Kunst-Seiden-Trikot 140 cm. breit, weiß, schwarz, Modefarben Meter M. 7.20, 6.20, 4.50	Damen-Strümpfe Seidenflor, solste Qualität, teils m. Laufmaschen, schwarz und viele mod. Farben, Paar Sonderpr. M. 1.25
Kunst-Seiden-Trikot Damen-Schlupfhosen viele Farben und Größen, ganz besonders preiswert, M. 5.85, 3.95	Damen-Strümpfe In Seidenflor festester, m. Doppelf. u. Hochferse, schwarz, weiß, Modefarben Paar M. 2.45 1.85
Kunst-Seiden-Trikot Prinzessröcke vorzügliche Qualität M. 9.50 5.80	D.-Strümpfe In La Doppelflor bewährte, beste Qualität, schwarz, weiß, Modefarben, M. 3.45 2.65
Kunst-Seiden-Trikot Jumper und Kasaks unifarbig und bedruckt von 5.85 an	Damen-Strümpfe Tramaflor beste waschbare künstliche Seide, vorzüglich im Tragen, alle Farben, Sonderpreis M. 3.50

Sport-Westen	Damen und Herren	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
		5.50	8.50	10.50	12.50	15.75

Modewaren Julius Strauß Kaiserstr. 189

Persil

in aller Welt

Die einzigartige Qualität hat Persil eine Beliebtheit weit über die Grenzen der Heimat hinaus verschafft! Der Herstellung des Fabrikates wird ständig die größte Sorgfalt zugewandt; jedes Paket, das die Fabrik verläßt, bietet volle Gewähr für beste und gleichmäßige Beschaffenheit! Persil pflegt und schon die Wäsche!

Züchtige Gipser
können hier und auf auswärtigen Baustellen zum Tariflohn eintreten.
Herrn. Almendinger
Gipser- und Stukaturgeschäft
Karlsruhe
Melauchtonstraße 2.

Unfall-Vericherung

Leistungen und Verfahren
Wichtig für Unfallrentner und Arbeitgeber.
von August Karsten

Sozialer Ratgeber
Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren auf dem gesamten Gebiet der sozialen
Versicherung, Versorgung Fürsorge
von August Karsten
Preis 1.60 Mk.

Volksbuchhandlung
Hilderstraße 43 Telefon 3701

Nur bis 15. Sept.!! **!! Seltene Angebot !!** Nur bis 15. Sept.!!

Infolge günstigen Abchlusses biete ich auf
100 Gasherde 100 Dampf-Wasch-Automaten 100 Gaskocher

20% Rabatt

Zahlungs erleichterung nach den Bestimmungen des Städt. Gaswerks 1/4 Anzahlung, Rest innerhalb 12 Monat.
Nur erstklassige Ausführung nach den neuesten Errungenschaften moderner Technik.

Sparsamster Gasverbrauch
Besuchen Sie mein Ausstellungslager in Ihrem eigenen Interesse ohne jeden Kaufzwang.

A. Bauer Gasindustrie-Waren en gros - en detail Nokkstr. 9

Mein Waschtage. Mein Freudentag.

Mein Waschtag. Mein Freudentag.

Herd oder Gasfeuerung.

Möbel-Fabrik Gebr. Klein * Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer sowie Einzelstücke

Lager: Durlacherstraße 97 Karlsruhe Fabrik: Ruppurrerstraße 14 Erstklassige Ausführung * * * Zahlungserleichterung



Karlsruher Herbsttage

September Oktober 1925

Kunstrelle, wirtschaftliche und sportliche Veranstaltungen / Ausstellungen und Märkte / Kongresse u. Tagungen / Große zoologische Ausstellung vom 5. bis 13. September; Neuheitenfachausstellung im Installateur- und Klempnergewerbe vom 19. bis 30. September; Betriebstechnische Wanderausstellung des Vereins deutscher Ingenieure vom 10. Okt. bis 2. November; Festwoche des Badischen Landesballets / Große Chor- u. Orchesterkonzerte (Beethoven: 9. Symphonie; Bruckner: f-moll-Messe; Franz Philipp: Friedensmesse; Großes Kirchenkonzert in der Christuskirche) / Kongress für Musikalität / Feste des hundertjährigen Bestehens der Deutschen Hochschule für Feinmechanik / Schaufensterwettbewerb des Karlsruher Einzelhandels

Südwestdeutscher Heimattag 12. und 13. September

Heimatabend / Heimattag: Trachten aus dem Frankenwald, Schwarzwald, Marktgräberland, der Pfalz und der Saar, heimattändliche und gewerbliche Gruppen 4738

Auskunft und Prospekt: Verkehrsverein Karlsruhe, Geschäftsstelle Rathaus

STADTGARTEN

Sonntag, den 30. August, vormittags von 11-12 Uhr: Promenade-Konzert (kein Musikzuschlag)

Von 3 1/2-6 Uhr: Nachmittags-Konzert

und von 8-10 1/2 Uhr: Abend-Konzert

88mtl. Konzerte ausgeführt von der Harmoniekapelle.

Festhalle

Samstag, den 5. September, 8 Uhr

Einziges Konzert

Die Sänger der römischen Basiliken

San Pietro-Vaticano, Santa Maria Maggiore, San Giovanni in Laterano

Sixtinische Kapelle

Leitung: Monsignore **Raffaele C. Casimiri**

60 Sänger, darunter 28 Knaben im Ornat

Aus dem Programm: Offertorien, Responsorien, Motette v. Palestrina, da Vittorio, Firmin Le Bol, Orlando di Lasso u. a.

Preise der Plätze: 2 Mk. bis 8 Mk. 4766

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Druckmaschinen aller Art
Buchdruck, Holzdruck
Durlacherstraße 24.

Für Herbst:

Kostüme aus Donegal „11.- an
Cheviot „15.-
Gabardin „27.-

Mäntel aus Donegal „7.- an
Covercoat „9.-
Rips „11.-
Loden „15.-
Tuch „12.-
Gabardin „23.-
auch große Weiten.

Damen- und Herren-Gummimäntel, Kleider, Röcke, Kasacks, Blusen, Unterröcke, Schürzen, Damenwäsche, Regenschirme, bekannt billigst.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1. Tr.
Keine Ladenspesen.

Heidelbeeren
Wollrobinen
Kolonialwaren
Geschirrtöpfe
Einmachgläser
Kauswaren aller Art
kauft man vorteilhaft bei
1665

Frei Ried
gem. Warengeschäft
Langensteintalbach.

Ettlinger Anzeigen.
Rebberg-Schluss.

Der Rebberg wird mit Wirkung vom Dienstag, den 1. September 1925, geschlossen und sind folgende Zugänge gesperrt:

1. Panorama- und oberer Mittelbergweg beim Wildhäute.
2. unterer Mittelbergweg beim Wasserbehälter.
3. Watterbergweg beim Papierbündel.
4. die beiden Waldeingänge zum Panorama- und oberer Mittelbergweg.

Die gesperrten Wege sind mit Schranken und Warnungstafeln versehen. Für die Rebbergbesitzer ist das Rebgebiet während der Sperrzeit an jedem Wochentag von 1/2 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Kinder und Altpensional haben in Begleitung des Rebbergbesitzers Zutritt. Das Betreten des gesperrten Rebberggebietes ist allen denjenigen untersagt, welche daselbst keine Grundstücke besitzen oder solche bereits abgetrennt haben.

Zu widerhandlungen werden nach § 1 der Berufsordnung und § 145 Abs. 2 B. Str. O. B. bestraft.

Ettlingen, den 27. August 1925. 1660

Gemeinderat:
Der Bürgermeister.

Ämtliche Bekanntmachungen

Die unschädliche Beseitigung der beanstandeten Fleischteile aus den Schlachtküchen betr.

Aufgrund des § 95 Abs. 2 B. Str. O. B. wird für den Amtsbezirk Karlsruhe — unter Aushebung der bezirkspolizeilichen Vorschriften des ehemaligen Amtsbezirks Durlach vom 12. 1. 1914 obigen Inhalts mit Zustimmung des Bezirksrats und nach erfolgter Vollziehbarerklärung des Herrn Landeskommissärs in Karlsruhe vom 14. August 1925 folgende bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1.
Alle Betriebe, in denen gewerbsmäßige Schlachtungen vorgenommen oder in denen Fleisch- und Wurstwaren gewerbsmäßig hergestellt werden, sind gehalten, neben der für die flüssigen Abgänge aus den Schlachtküchen vorgeschriebenen wasserdichten Grube, einen wasserdichten, leicht zur Hälfte mit Kalkmilch gefüllten Behälter — Gefäß aus verzinktem Eisenblech mit abnehmbarem, dicht schließendem Deckel oder ein durch Deckel verschließbares Faß — im Hofe aufzustellen, in dem alle als untauglich zum Genuss für Menschen beanstandeten Organe und Fleischteile oder sonstige unbrauchbare Teile wie Augen, Ohrenschmitze, Kieferauswüchse, Geschlechtsorgane bei Schweinen einschließlich des Kabelleutes sowie Hühnerhäute sofort zu vergraben und in dem sie bis zur unschädlichen Beseitigung aufzubewahren sind.

§ 2.
Diese Abgangstoffe sind zur unschädlichen Beseitigung jeweils innerhalb 24 Stunden a) in Durlach in den allgemeinen Konfiszatemeier des Stadt. Schlachthaus zu verbringen, b) in den übrigen Gemeinden an Stellen, welche von Tieren nicht betreten werden, vorchriftsmäßig ein Meter tief zu vergraben oder vergraben zu lassen, falls sie nicht mindestens einmal wöchentlich zwecks Entleerung in die Rebbergschuttdeckerie verbracht werden. Kleinerer Eingemeinde und Fleischbeschauer auch als bald verbrannt werden.

§ 3.
Das Verbringen der Fleischteile in die zur Aufnahme der Abwässer in den Rebbergen vorhandenen Gruben sowie jede andere Art der Beseitigung ist verboten. Die Vorschriften betreffen die Entleerung der Gruben (§ 2 der Berufsordnung vom 16. Juni 1876, die Errichtung der Schlachtereien betr.) bleiben unberührt.

§ 4.
Die Ortspolizeibehörde überwacht den Vollzug.

§ 5.
Zur leichteren Überwachung hat der Fleischbeschauer von jedem einzelnen Beanstandungsfall der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten, wobei besonders zu diesem Zweck berechnete Formulare Verwendung finden können. (Erlaß des Gr. Ministeriums des Innern vom 29. Januar 1903 Nr. 2821 Ziff. 4.)

§ 6.
Zu widerhandlungen werden aufgrund des § 95 Abs. 2 B. Str. O. B. mit Geld bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 7.
Diese Vorschriften treten mit ihrer Verkündung in Kraft. D. 3. 126

Karlsruhe, den 24. August 1925. 1559
Bezirksamt. Abt. IIa.

Den Schutz der Land- und Kreisstraßen und der Gemeindegrenzen betr.

Aufgrund des § 120 B. Str. O. B. und § 365 Abs. 2 des § 365 Abs. 1 B. Str. O. B. sowie des § 7 Abs. 2 der Straßenpolizeiverordnung vom 12. Mai 1882 wird unter Aufhebung der bezirkspolizeilichen Vorschriften des Amtsbezirks Karlsruhe vom 28. März 1896, den Schutz der Kreisstraßen betr. sowie der für den gleichen Bereich vom 23. Februar 1871 für den Amtsbezirk Karlsruhe — ausgenommen die Stadt Karlsruhe — mit Zustimmung des Bezirksrats und nach erfolgter Vollziehbarerklärung des Herrn Landeskommissärs in Karlsruhe vom 14. August 1925 folgende bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1.
Das Werfen von Abfällen und Exponen auf den Land- und Kreisstraßen sowie auf den wichtigen Gemeindegrenzen ist verboten. In den wichtigen Gemeindegrenzen zählen die Ortsverbindungswege, soweit sie in Kreisstraßen liegen.

§ 2.
Welche Gemeindegrenzen im Uebrigen als wichtig § 2. vorstehender Vorschrift anzusehen sind, bestimmt das Bürgermeisterrat.

§ 3.
Es ist verboten, die Straßen und Abflüsse der in § 1 genannten Straßen und Wege beim Abfällen, sowie beim Abfahren von den anstehenden Geldern zu verstopfen, oder die Straßen und Wege durch den an den Straßen Wagen und Ackergerätschaften hängen gelassenen Ackergrund zu verunreinigen.

§ 4.
Zu widerhandlungen werden gemäß § 120 B. Str. O. B. und § 365 Abs. 2 B. Str. O. B. mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 5.
Diese Vorschriften treten mit ihrer Verkündung in Kraft. D. 3. 127

Karlsruhe, den 24. August 1925. 1560
Bezirksamt II a.

Freie Turnerschaft Karlsruhe

Am Sonntag, den 30. August 1925, auf dem Sportplatz an der Lintzheimer Allee

Gommer-Fest mit Fahnenweihe

Vormittags 9 Uhr: Sportl. Wettkämpfe des 3. Bezirks

Nachmittags punkt 2 Uhr: Abmarsch des Festzuges vom Ludwigsplatz — Waldstraße — Hans-Thomastraße — Sportplatz. Darföhrn Turnische Aufführungen, Gesangsvorträge, Kinder- Darbietungen. Festrede: Genosse Eisele.

Fußballwettkampf F. T. K. — Durlach-Aue

Bei Einbruch der Dunkelheit Kampfungzug mit Musik nach dem Fest.

— Programm & 20 Pfennig Berechtigt zum Eintritt —

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.

Heute Samstag (kl. Preise, Ermäßig. gültig) und Sonntag, zum 100. Geburtstag v. Johann Strauß dess. dreitägige Operette

„Wiener Blut“

Sonntag nachmittags 3 Uhr (Preise von Mk. 1.50 bis 4.—) alle Ermäßigungen gültig

„Gräfin Mariza“

Montag Abschiedsvorstellung: Gräfin Mariza

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Ettlingen

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft von Ettlingen und Umgebung ein zur Teilnahme am

Republikanischen Tag mit Bannerweihe

am Sonntag, den 6. September 1925

Programm:

Samstag abend 8 1/2 Uhr: Kameradschaftlicher Abend mit Ansprache, musikalische und gesangliche Darbietungen und Lichtbildervortrag: Wilhelm Busch „Der Geburtstag“

Sonntag: 6 Uhr Wecken, 9-11 Uhr Kirchgang, 11 Uhr Krieger-Gedenkfeyer (Friedhof), 2 Uhr Festzug, 3 Uhr Festakt (Waldhaldenpark), 5 Uhr kameradschaftliches Beisammensein (Festhalle), abends 8 Uhr Unterhaltung mit Tanz (Festhalle).

Republikaner beflaggt in den Reichsfarben!
Der Festausschub.

Achtung!

Vertilge Ungeziefer: Käse, Flöhe, Wanzen, Zecken, Flöhe, Fliegen, usw. auch auswärts, gegen billige Berechnung. Distrikte Behandlung. Staatl. gepr. Desinfektor.

Emil Bögeler
Krafft
Röttcherberg 7
Volltarte genügt.

Möbliert. Zimmer

Die Inhaber der im Monat Januar 1925 unter Nr. 1 bis mit Nr. 3033 ausgegebenen beige erneuerten Pland- Scheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pländer bis längstens 10. Sept. 1925 auszulösen od. die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pländer zur Versteigerung gebracht werden. 1662

Karlsruhe, 27. Aug. 1925.
Städt. Pfandleibkasse.

Stellenangebote.
Gesucht wird ein tüchtiger Feuerhandarbeiter für dauernde Stellung, gelernter Maurer, Steinmetz, Ferner Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 20 Jahren, 4 Backmädcheninnen und 6 fleißige Alleinmädchen.
Arbeitsamt Krafft.

Frauenwelt
durch die Volksbuchhandlung Adlerstraße 43

Durlacher Anzeigen Sperrung der Weinberge.

Mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Traubenreife werden die Weinberge auf dem Zornberg für jedermann bis auf weiteres gesperrt. 1667

Durlach, den 27. August 1925.
Der Oberbürgermeister.

Naturtheater Durlach.

Leichenberg Leichenberg

Sonntag, 30. Aug. 1925, nachm. 4 Uhr

Der Vetter

Lustspiel in 3 Aufzügen von R. Benedix
Regie: Karl Mehnert
— Wegrüchtung: Weiße Pfeile. —

Pfannkuch

Marinaden

Bismarck-Seringe
und
Rollmöpfe
1 Liter-Dose 95 Pf.

Brat-Seringe
extra große
25 Pf.
8 Liter-Dose
4.60

Pfannkuch

Eine Empfehlung

Ist jeder Gegenstand, den wir verkaufen, daher sind nachstehende Spezial-Angebote unserer

Mantel-Woche!

für unsere werte Kundschaft

von grösster Bedeutung!



Covercoat-Schlüpfer für den täglichen Gebrauch	der imprägnierte Mantel	2150	Gabardin-Mantel modern, 2rhg., Taille, neueste Form mit Plaidfutter	7500
Covercoat-Mantel abgesteppt, Innenfutter, als Sportpaleot gearbeitet	4250	Winter-Mantel als Schlüpfer od. modern gearbeitet, 2rhg., in allen Arten u. Qualitäten	2500	
Covercoat-Mantel abgesteppt, sauber und solid gearbeitet	4500	Der billige Loden-Mantel	1450	
Covercoat-Mantel 2rhg., moderne Form mit Gurt u. Taille	6500	Loden-Mäntel	1950	
Covercoat-Mantel abgesteppt, Ia. Verarbeitung	6700	Loden-Mantel als Schlüpfer, offen mit Koller, hochgeschlossen, in allen Farben, grau, grün, braun, oliv	2150	
Covercoat-Mantel Ia. Qualität, abgesteppt, Sport-Paleot, solid und preiswert	7000	Gummi-Mantel unsere bekannt. Marken	1750	
Gabardin-Schlüpfer imprägniert, tadellose Ausführung	5900	29.50 27.50 25.— 21.50		
Gabardin-Mantel modern gearbeitet, 2rhg.	6500	1 Posten Selbstbinder in allen Farben	125	
		1 Posten Selbstbinder	95	

Confektionshaus

Hirschen

Kaiserstrasse 95.

„Friedrichshof“

Bestbekanntes Speise-Restaurant
Sonntag, den 30. August 1925

Menü zu Mk. 1.10
(10 Karten Mk. 9.—)

Malländer Suppe, Roastbeef, Kartoffel-Croquettes u. Salat

oder
Kalbsnierenstück, junge Bohnen und Kartoffel

oder
Schweinebraten, Rotkraut u. Kartoffelpüree

Abends 7 Uhr bei freiem Eintritt
FAMILIEN-KONZERT

Zahlreichem Besuch sieht entgegen

H. Stehlin

Menü zu Mk. 1.50
(10 Karten Mk. 16.—)

Malländer Suppe, Königin-Pastetchen, Kalbsnierenstück

oder
Kuchen oder Eis oder Käse.

Reichhaltige Tages- u. Abendkarte

Hausgemachte Würstwaren.

In Karl Hummel's
Sohlschleiferet
Werderstr. 13
werden
Rasiermesser,
Rasierharingen, Haarschneidemaschinen,
Pferdeschereen, Haarschneidemaschinen, Haus-
haltischeeren, Zischmesser, Taschenmesser usw.
nachgemäss geschliffen und repariert. 896

Herren- und Damenhüte

werden nach den „neuesten“
„Modellen“ gefärbt

K. Hort, Herrenstr. 15

Hutmacher. 4758

Mieter- und Bauverein Karlsruhe

c. G. m. b. H.
Wir haben auf 1. Oktober l. J. zu vermieten:

Stietenberg Str. 41, 2. Stock, eine

Wohnung v. 3 Zimmern nebst Zubehör.

Veswerbungen von Mitgliedern wollen in unseren

Geschäftsstunden bis Freitag, den 4. September,

abends 6 Uhr, erfolgen, wofür die Vermietung

haftig findet. 4759
Karlsruhe, den 28. August 1925.
Der Vorstand.

Ettlinger Anzeigen.

Heirat

will gut überlegt sein.

Eine Ehe ohne Gasgerät für die

Haushaltsführung ist in heutiger Zeit

ein Wagnis.

Besichtigen Sie den Ausstellungs-

raum der Stadt. Werke in Ettlingen

am Marktplatz. 4760

Rat u. Auskunft kostenlos im Gaswerk

Besuchen Sie die Gaslehr-Vorträge

am 31. August und 1. September

in der Festhalle.

Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H.

Karlsruhe, Lauterbergstrasse 3

Haftsumme 16 Mill. Geschäftsanteile u. Reserven 2 Mill.

Annahme von Spareinlagen

bei folgender Verzinsung: 4773
10 1/2 % bei monatlicher Kündigung
12 % bei jährlicher Kündigung.

Onkel Leo spricht:



Ichweine

wenn ich daran denke, daß es noch immer Männlein und Weiblein geben könnte, deren Füße mit Hühneraugen gelblich sind, wie eine gut geratene, gebratene Gans. Warum diese Schmerzen und diesen Geruch noch weiter zu ertragen? Gibt es denn nicht die einzig dastehenden „Lebewohl“-Präparate? Nehmen Sie Lebewohl-Hühneraugenplaster — es tut nicht — es schmerzt nicht — aber es hilft wie kein zweites Mittel. Ihre Hühneraugen berühren und beruhigen den entzündeten Wirt. Baden Sie dann noch mit „Lebewohl“-Fußbadeinbad, welches dem durch das Plaster zerlegten Hühnerauge den letzten Rest gibt, so sind sie entzückt über Ihre prachtvollen Füße. Hühneraugen-Lebewohl für die Leben und Lebewohl-Ballen-Scheiben für die Fußsohle, von vielen Ärzten empfohlen, Wiedhofs (8 Plaster) 75 Pf. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß Schachtel (2 Wäber) 50 Pf., erhältl. in Apotheken u. Drogerien.

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G. M. B. H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR.

An der Spitze

aller Kaffeegemischte Hand von alters her die Cichorie. Auch heute verwendet die kluge Hausfrau am zweckmäßigsten Voelcker Perl, der das Kaffee-Aroma in feiner Weise beeinträchtigt, und dem Kaffegetränk die so beliebte goldbraune Farbe gibt. Verlangen Sie Voelcker Perl in der Silberpackung von Ihrem Kaufmann.

gegen Schmerzen

 der Nerven, Rheuma, Gicht, Jochschmerzen, Grippe und Erkältungskrankheiten.
 Togal-Tabletten helfen die Schmerzen und lähmen die Nerven aus. Hervorragend bewährt!
 Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.
 12,6% Lith., 0,46% Chinin, 74,3% Reich. acetyl., ad 100 Amyl.


 Empfehle mein reichhaltiges Lager in **feinen Solinger Stahlwaren** wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpacabestecke und meine **la Rasiermesser** eigener Fabrikation, sämtliche **Rasierutensilien.**
 H. Tintelotti, Rasiermesserfabrikation
 Amalienstr. 43. Tel. 4182.

Matrassen, Patentröste, Chaiselongues, Clubmöbel, neu, sowie jede Reparatur zum billigsten Tagespreis.
Kammerer, Erbprinzenstraße 26.

Lebensmittel
 kaufen Sie stets zu **Konkurrenz-Preisen** und nur erstklassigen Qualitäten bei den **„Kola“** Mitgliedern
 erkenntlich durch Mitgliedschild.

Die erfreuliche Zunahme der Spar- und Giro-einlagen bei der **Städt. Sparkasse Karlsruhe** beweist die allgemeine Wiederkehr der Einsicht, daß die Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens einzig und allein von der **Neubildung von Sparkapital** abhängt. Nur dadurch wird der Kredit weiter erleichtert und billige Hypotheken ermöglicht. Jede erübrigte Mark gehört wieder zur Sparkasse als dem besten Sammelbecken für Spargelder aller Kreise der Bevölkerung.
 Das Sparen kann bei der Sparkasse geschehen durch **Einzahlung auf ein Sparbuch** oder durch **Eröffnung eines Giro-Kontos** das dem bargeldlosen Zahlungsverkehr dient. Jeder kann und muß dazu beitragen; es kommt auf jeden Einzelnen und auch auf jeden kleinen Betrag an.
 Karlsruhe, den 22. August 1925.
Städtisches Sparkassenamt.

Möbellager
C. Rauch, Rastatt
 Dreherstr. 3 Murgstr. 12
Verkauf solider preiswerter Möbel

Billige Preise!

Sportwesten

in bekannt guter Ausführung . . . Mf. **13.50 10.50 8.90 6.90**
 Größe 40 45 50 55
Kinder-Sportweste Bestir. Mf. **3.90 4.90 5.90 6.90**

Unterkleidung

Mädchen-Hemdhoosen „echt Macco“, Größe 60 Mf. **1.95**
Damen-Hemdhoosen „echt Macco“, Bindelform, Größe 4 Mf. **4.20**
Damen-Hemdhoosen „echt Macco“, offen, Größe 4 Mf. **3.60**
Damen-Hemdhoosen „echt Macco“, mit Klappe, Größe 4 Mf. **5.20**
Damen-Schlupfhoosen mit Zwiidel Mf. **1.30**

Damenwäsche

Wiener Handhohlsaum-Garnitur (Hemd und Beinkleid) Mf. **7.20**
Wiener Handhohlsaum-Nachthemd Mf. **7.20**
Sticker-Hemdhoosen Mf. 8.40 6.50 5.70 **4.40**
Elegante Prinzessröcke Mf. 8.40 7.60 5.20 **3.90**
Jumper-Untertailen Mf. 2.40 1.95 1.60 **1.20**

Herren-Artikel

Einfachhemden mit Biquebrust Mf. 2.40 2.20 **1.95**
Herren-Socken Paar Mf. 1.10 0.85 0.70 **0.50**
Hosenträger „Summi“ mit Leder Paar Mf. 1.40 1.20 0.95 **0.65**
Herrentragen mit Gde, Weite 36-39 1/2 Duzend 2.40, Stück **0.45**
Herrentragen Stehumlege, Weite 36-39 1/2 Duzend 3.40, Stück **0.60**

Zephir-Hauskleid
 Indantkfarbig, in vielen schönen Mustern Stück **5.20** Mark

Paul Burchard

Aufbewahren **Ausschneiden**
Achtung Neu!
Spezialgeschäft für Auflege-Matrassen
 in Kopshaar, Kapof, Wolle und Seegras
 zu günstigen Preisen, evtl. Zahlungsvereinfachung
 Wollmatrassen, 3teilig, Keil schon von 46 Mf. an
Patent-Betttröste
 in verschiedenen Ausführungen empfiehlt
nur Laden Schützenstraße 26
 L. Kehrdorf 4765
Plakate aller Art liefert rasch und billig
Buchdruckerei Geck & Cie.
 KARLSRUHE, Luisenstraße 24.

Weißnäherin empfiehlt sich im Wäsche-nähen aller Art außer dem Saufe. Offerten unter Nr. 4763 an das Volksfreundbüro.
Sämtliche Farben, Lacke etc.
 gebrauchsfertig f. Anstriche aller Art, vorteilhaft im Farbenhaus **Haus Waldstr. 18, b. Colosseum.**

Bei günstigen Zahlungs-Bedingungen und billigsten Preisen erhalten Sie beim
Kürschner Neumann
 3 Erbprinzenstraße 3 4760
Pelzjacketen / Pelzmäntel / Skunks Opessum / Walaby / Wolf / Fuchs und andere garnituren